

LE MONDE

diplomatie

Halb Tunesien

hat die Islamisten gewählt. Charlotte Wiedemann über einen historischen Moment mit rätselhaften Zügen
▶ S. 2

Die Türkei

muss die Kurdenfrage lösen, um eine moderne Demokratie zu werden. Wendy Kristianasen über Erdogans größtes Problem
▶ S. 7

Quer durch Afrika

soll ein Wall aus Bäumen wachsen, der die Sahara aufhält. Mark Hertsgaard über ein grünes Hoffnungsprojekt
▶ S. 9/10

Indiens oberstes Gericht

kritisiert die Regierung und den Krieg gegen die Naxaliten. Naïké Desquesnes und Nicolas Jaoul über ein Land in Aufruhr
▶ S. 14/15

Links oder radikal

Ein Dossier über schöne Wünsche und widrige Wirklichkeiten, gestern und heute, von Paris bis Lima
▶ S. 17-24

Inka Lindergård und Niklas Holmström



Saga IX, 2011, 40 x 50 cm

Die Räuberbank von Kabul

von Louis Imbert

Bei der Debatte über den Abzug aus Afghanistan geht es auch um die Frage, welches Regime der Westen da gerettet hat. Über die Korruption in Kabul hatten die Experten wenig Illusionen. Doch die schlimmsten Befürchtungen werden noch übertroffen.

schäftswelt offenbar nur eines im Sinn: sich an den internationalen Hilfsgeldern zu bereichern, solange sie noch fließen.

Aus Sicht von William Byrd, dem früheren Afghanistan-Beauftragten der Weltbank, ist die Geschichte der Kabul Bank „besonders düster, weil gerade der Bankensektor bis vor Kurzem als einer der wenigen Erfolge beim Wiederaufbau des Landes galt“. Zu den Nutznießern der großzügigen Geschäftspraktiken der Kabul Bank gehörten auch Mahmud Karsai und Mohammed Qasim Fahim, der eine Bruder des Präsidenten, der andere des Vizepräsidenten.

Nach dem vertraulichen Bericht eines Mitarbeiters der Kabul Bank hat die afghanische Zentralbank eine Liste von 207 Empfängern der dubiosen Kredite ermittelt. Unter ihnen sind Parlamentsabgeordnete, Minister, Provinzgouverneure, aber auch Wahlkampfleiter, Künstler und ein Fußballklub.¹

Vom Pokerchampion zum Bankdirektor

Ein halbe Stunde nach der Erklärung von Abdel Kadir Fitrat qualifizierte das Büro von Staatspräsident Karsai dessen Rücktritt als „Verrat“. Interpol wie der US-Botschaft in Kabul wurde ein Haftbefehl für Fitrat übermittelt – mit der Begründung, dessen Name stehe an der Spitze einer Liste von Verdächtigen, deren Veröffentlichung das Büro des afghanischen Generalstaatsanwalts über ein Jahr lang verschleppt habe. Einer Festnahme entgingen auch Sherkhan Farnud, der Gründer der Bank, und deren Präsident Khalilullah Ferosi; beide lebten zu diesem Zeitpunkt unbehelligt in Kabul. Ein Gerichtsverfahren wurde bislang noch nicht eröffnet.

Aus unterschiedlichen Quellen verlautet, der im Mai 2011 gegründete afghanische Ausschuss für Korruptions-

bekämpfung, MEC (Monitoring and Evaluation Committee), habe Mahmud Karsai und Mohammed Qasim Fahim angeboten, sie würden unbehelligt bleiben, falls die beiden Anteilseigner der Bank ihre offiziell als betrügerisch bewerteten Kredite zurückzahlen.

Mahmud Karsai hatte 22 Millionen Dollar erhalten, Qasim Fahim für drei Aktiengesellschaften, an denen er beteiligt war, insgesamt 182 Millionen Dollar. Seitdem ergeht sich Mahmud Karsai in Beschimpfungen gegen Sherkhan Farnud. In unserem Interview bezeichnete er seinen früheren Mitgesellschafter als „Verbrecher, dem schon längst der Prozess gemacht werden müsste“. Aber er sei auch „von der Lethargie der Regierung genervt und angewidert“.

Inzwischen hat der Fall zu einem Machtkampf zwischen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der afghanischen Regierung geführt.² Der IWF blockiert seit März 2011 einen Teil der internationalen Finanzhilfe für Afghanistan und fordert die Regierung Karsai auf, für die Verluste der Kabul Bank aufzukommen (bis Juli 2011 wurden nur 70 Millionen Dollar zurückgezahlt). Kabul müsse außerdem das Bankensystems reformieren und einen Prozess gegen die Verantwortlichen einleiten, der diesen Namen auch verdient.

Die Regierung „ist dringend auf die internationale Hilfe angewiesen“, meint der Afghanistanexperte Andrew Wilder vom US Institute of Peace.³ Sonst sei sie schon in wenigen Monaten nicht mehr liquide. Mitte Oktober stimmte das afghanische Parlament einem Rettungsplan für die Zentralbank zu und bewilligte dafür eine erste Tranche von 51 Millionen Dollar. Der IWF stellte daraufhin die Wiederaufnahme seiner Zahlungen für Mitte November in Aussicht.

Bankgründer Sherkhan Farnud, der Mann, der den Mächtigen des Landes

▶ Fortsetzung auf Seite 4

Über Fleisch

Industrieprodukt auf unserem Teller

von Hilal Sezgin

Der vielleicht größte Mythos im Zusammenhang mit dem Fleischverzehr ist der seiner Natürlichkeit. Es sei natürlich, dass der Mensch Fleisch esse. Es ist scheinbar selbstverständlich. Zur Illustration wird gern auf die frühsteinzeitliche Jäger-und-Sammler-Gesellschaft verwiesen, ungeachtet der Tatsache, dass einige von deren Gepflogenheiten uns heute schaudern machen: Frauenraub zum Beispiel, Menschenopfer oder das Aufbewahren menschlicher Skeletteile zwecks Ahnenverehrung. Vor allem aber ist der Rekurs auf den frühen Jäger und die in der Höhle wartende Gefährtin (sie hat derweilen ein paar lumpige Beeren gesammelt) deswegen verblüffend, weil die oft tagelange gemeinschaftliche Jagd mit ungewissem Ausgang nichts weniger ähnelt als dem recht gefahrlosen Gang in den Supermarkt. Beide Tätigkeiten und die damit verbundenen Sinneseindrücke entstammen unterschiedlichen Welten; es ist fraglich, ob der Steinzeitmensch, wenn man ihm ein in Folie verpacktes Tiefkühlhuhn in die Hand drückte, sofort etwas damit anzufangen wüsste.

Sobald es aufgetaut wäre, würde es sich der Steinzeitmensch gewiss erfreut zuführen wie jedes andere unverhofft am Wegesrand gefundene Stück Kadaver; doch in dieser Rolle, also als Aasfresser, sieht sich der moderne Fleischkonsument ja auch wieder nicht! Trotzdem gelingt dem Supermarktkunden die – im Grunde auch nicht wenig beachtliche – Kulturleistung, das an weit entfernten Orten unter industriellen Bedingungen und mit einer Menge chemischer Zusätze hochgepöppelte Stück Leben, das hunderte Kilometer transportiert, in eine Kette eingehängt, per Stromschlag im Wasserbad betäubt und dann geschlachtet wurde und ihm selbst erstmals als eisige, steinharte Substanz entgegentritt, als etwas wahrzunehmen, das dem ähnelt, was der entfernte Vorfahr erjagt hat.

Wozu nun dieser imaginäre Exkurs in Steinzeitwelt und Supermarkt? Um darauf hinzuweisen, dass man den heutigen Fleischkonsum für vielerlei halten kann: lecker, weit verbreitet, bequem, unappetitlich, ungesund, gesund, zivilisiert, barbarisch et cetera. Nur eines ist er eben nicht: „natürlich“. Welches Fleisch wir essen, wie wir daran gelangen, wie wir es zubereiten und sogar wie es – immerhin ein Produkt organischen Ursprungs – überhaupt gewachsen ist, all dies ist Ergebnis spezifischer und historisch äußerst wandelbarer menschlicher Praktiken. Doch der Vorteil der gängigen Betrachtung liegt auf der Hand: Was als natürlich gilt, ist von vornherein jeder Notwendigkeit zur Rechtfertigung enthoben, muss gesellschaftlich scheinbar nicht verhandelt werden, ist unserem moralischen und politischen Urteilen weitestgehend entzogen. Genau aus diesem moralfreien Raum haben Bücher wie Jonathan Safran Foers „Tiere essen“ und Karen Duves „Anständig essen“ den heutigen Fleischverzehr heraus- und in die öffentliche Arena gezerrt. Es muss sich nicht mehr allein der Vegetarier verteidigen, warum er sich zu seinen „absurden“ Ernährungsgewohnheiten verstiegen hat, sondern auch der Fleischesser ist mit Argumenten konfrontiert.

Und eben mit Fakten. Nicht zufällig schenken die erwähnten Bücher dem empirischen Herstellungsprozess des Fleisches mehr Aufmerksamkeit als dem abstrakten ethischen Für und Wider. Viele, ja die allermeisten Menschen mögen es grundsätzlich in Ordnung finden, Tiere zu Nahrungszwecken zu züchten und zu töten. Doch wie dieser Teil der Nahrungsproduktion tatsächlich praktiziert wird, nämlich per Massentierhaltung, hält kaum ein informierter Konsument für ethisch vertretbar. Bezüglich der Ablehnung der Massentierhaltung hat sich ein gesellschaft-

▶ Fortsetzung auf Seite 12

Die Chronologie der Teresa Burga Berichte, Diagramme, Intervalle / 29.9.11

Württembergischer Kunstverein Stuttgart
www.wkv-stuttgart.de

ANZEIGE

Standardgefühle

Wie die Psychologie in den Markt integriert wurde

von Eva Illouz

Lange Zeit postulierte das „vor-moderne“ Denken die Existenz einer Seele: „über“ dem Körper, unergründlich, tief, ewig und in Verbindung mit dem Göttlichen. Das Christentum verlieh dem natürlich kraftvoll Ausdruck: „Ja ist denn, Herr, mein Gott, etwas in mir, das Dich fassen könnte?“, fragt Augustinus in einem Versuch der Selbstdefinition.¹ Seelen sind also unendlich und zutiefst mit der kosmischen Ordnung verwoben. Sie können aber durch etwas aufgewühlt und entstellt werden, das man „Leidenschaften“ nannte und im Christentum gelegentlich mit den sieben Todsünden gleichsetzte – von denen man sich durch verschiedene Formen von Buße reinigen konnte. Seelen waren in ein moralisches Verständnis des Personseins eingebettet und mit einem System moralischer Grundsätze verknüpft. Die Schulung der Gefühle war also ein Element der umfassenden Bildung von Seele und „Charakter“ eines künftigen Mitglieds der menschlichen und religiösen Gemeinschaft. So wurde eine bestimmte Vision von Gut und Böse, von Verdammung und Erlösung begründet.

Wie ist es nun hiermit? „Michael Galpert dreht sich in seinem New Yorker Apartment im Bett herum, der Wecker klingelt. Der 28-jährige Internetunternehmer zieht das Stirnband ab, das seine Gehirnströme über Nacht aufgezeichnet hat, und studiert das Balkendiagramm seiner Tiefschlaf-, Leichtschlaf- und REM-Phasen. Er marschiert ins Bad und stellt sich auf seine Waage, die Gewicht und Körpermasse an eine Onlinedatei sendet.“

Später „breitet jemand aus Großbritannien ein über dreieinhalb Meter großes Liniendiagramm aus, das seine Stimmungsschwankungen im Lauf des letzten Jahres verzeichnet. [...] Schritte, Schweiß, Koffein, Erinnerungen, Stress, sogar Sex und Partnersuche – all dies lässt sich berechnen und bewerten wie die Durchschnittsleistung eines Baseballspielers. Und wenn es nicht schon eine App oder dergleichen gibt, die die entsprechenden Werte verfolgt, dürfte sich das binnen weniger Jahre ändern.“² Moderne Menschen wie Michael Galpert verhalten sich zu ihrem eigenen Selbst wie zu etwas Kenntlichem, Endlichem, einem Ensemble materieller, chemischer Kräfte, das sich an einem durchschnittlichen und abstrakten Standard von „Normalität“ messen und kontrollieren lässt.

Der Übergang von der Seele und den Leidenschaften zu Gefühlen als einem Ensemble beherrschbarer Einheiten lässt sich als Bestandteil dessen verstehen, was Max Weber „Entzauberung“ nannte: den Verlust von Glauben und Sinn, den man als ein bezeichnendes Merkmal unserer modernen Zeit betrachtet kann. Die Entzauberung entstand zum einen mit der Rationalisierung der Lebensführung durch die Institutionen von Wissenschaft und Technik, die die Kategorie des „Mysteriums“ außer Kraft setzten und die Welt auf eine Reihe erkennbarer Größen reduzierten. Ein weiterer Antrieb war das vom Markt geforderte ökonomische Verhalten, das unter anderem verlangt, dass sich unser Innenleben und unsere Äußerungen mit unserem Eigeninteresse decken, damit wir effizient und gewinnorientiert agieren können. Was keinen unmittelbaren Profit versprach, stand von da an unter dem Verdacht der Nutzlosigkeit.

Aber dieser Entzauberung konnte durch ein intensives Gefühlsleben begegnet werden, das dem Menschen zu einem Gefühl der Sinnhaftigkeit und einem leidenschaftlichen Verhältnis zur Gesamtheit seiner Erfahrungen verhelfen würde. So glaubte jedenfalls Weber. Er hatte noch keine Vorstellung von den gewaltigen Kräften, die nach dem Ersten und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg selbst noch das Gefühlsleben rationalisieren sollten.

Nicht alle unsere Gefühle werden uns bewusst, und traditionell gelten Gefühle als schwer kontrollierbar. Lange Zeit gingen wir davon aus, dass wir vielleicht lernen können, unsere Gefühlsäußerungen zu beeinflussen, die Gefühle selbst sich aber jeder Dressur verweigern. Dies war zweifellos auch der Fall – bis sich Wissenschaft und Markt zusammensetzten.

Wilhelm Wundt verkündete, die Seele sei für die Wissenschaft vom Menschen irrelevant, und Männer (wie wahrscheinlich auch Frauen) müssten sich anhand konkreter, objektiver, physisch beobachtbarer Phänomene verstehen lassen. Er trug viel dazu bei, dass sich die experimentelle Psychologie als Disziplin etablierte, und leitete die Umfirmierung der „Seele“ zur – steuerbaren und wandelbaren – „Persönlichkeit“ oder „Psyche“ ein.³ Die experimentelle Psychologie entwickelte sich zur einzigen wissenschaftlich legitimierten Form von Psychologie.

Doch es war die klinische Psychologie, die den größten kulturellen Einfluss hatte und die Modelle der Seele und des Selbst durch das ärztliche Ideal der geistigen Gesundheit und des Wohlbefindens radikal umformte. Damit prägte sie die zeitgenössischen Gesellschaften in sämtlichen Bereichen, von der Wirtschaft (durch Managementtheorien) über Familie und Schule (durch Modelle der Kindererziehung), Intimität und Sexualität (durch Eheberatung), Militär (durch die Behandlung von Traumata), Gefängnisse (durch Rehabilitationsprogramme), Werbung und Marketing, Massenmedien (durch Talkshows) bis hin zu internationalen Konflikten (durch die Behandlung von Kriegstraumata und Genozidverbrechen).⁴

Ein gesundes Selbst als käufliches Produkt

Nachdem die Psychologie in den Markt integriert worden war, breitete sich das Therapiewesen weltweit in vielerlei Gestalt aus – ein Prozess, der die „Person“, das „Wohlbefinden“ und die „geistige Gesundheit“ in unsichtbare und einflussreiche Güter verwandelte, mit deren Hilfe die „reparierte“ Person gleichermaßen produziert wie konsumiert wird. Um dieses neue Produkt – das gesunde, positive, funktionierende Selbst – zu verkaufen, griffen experimentelle wie klinische Psychologie auf standardisierte Werkzeuge zurück, um die Person und ihre Gefühle zu erkennen und zu messen.

Im Bereich der Produktion diente die Sprache der Psychologie dazu, die Belegschaften umzugestalten. Vor allem in den 1920er Jahren verzeichneten die klinischen Psychologen, die nicht selten auf der Basis einer vereinfachten Interpretation von Freuds psychodynamischen Theorien operierten, große Erfolge in der Armee bei der Rekrutierung von Soldaten und der Heilung von Kriegstraumata. Die Unternehmen griffen auf die Psychologie zurück, um Arbeitnehmer zu beurteilen, das zwischenmenschliche Klima in den Unternehmen zu verbessern und die Produktivität zu erhöhen.

Mit Hilfe von Persönlichkeitstests, wie sie Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt worden waren⁵ und von da an ein zentrales Element des amerikanischen Organisationswesens bildeten,⁶ zielten die Psychologen darauf ab, die am besten geeigneten Kandidaten für einen bestimmten Arbeitsplatz zu finden. Dem lag die Annahme einer engen Verbindung zwischen Persönlichkeitsmerkmalen und Arbeitsleistung zugrunde: Von den 1930er Jahren an wurden im Gefolge Elton Mayo – des Begründers der „Human Relations“-Bewegung, die das Management in eine Wissenschaft verwandelte – die Empfindungen von Arbeitnehmern zum zentralen



Saga IX, 2010, 40 x 50 cm

Inka Lindergård und Niklas Holmström

In der Serie „Watching Humans Watching“ des schwedischen Künstlerpaars bewegen sich Menschen in scheinbar vorgegebenen Formen und Mustern und betrachten die Natur. Die Künstler fotografieren sie aus der Distanz, oft von hinten, wie seltene Tiere. Dazu merken sie an: „In der Wüste, weit weg von ihren eigenen Lebensräumen, bilden die Menschen Formationen, ähnlich wie die Pinguine in der Antarktis.“ Sie wirken verloren und fast immer auch komisch. Die Arbeiten aus der Serie „Saga“ (Märchen) sind fast an den gleichen Orten entstanden, allerdings ohne Menschen. Hier ist sehr viel inszeniert – mit Rauchbomben, auf Bergen gespannten Seilen oder auch Farbfiltern. Bis zum 17. Dezember sind die Arbeiten in der Galerie Swedish Photography in Berlin zu sehen, der wir für die Bilder danken (www.swedishphotography.org).

Wilhelm Werthern

Gegenstand von Managementtechniken. Das emotionale Verhalten wurde in diesem Zusammenhang ein wesentliches Kriterium.⁷

Es ging also darum, Menschen zu koordinieren und zur Kooperation anzuhalten. Der Wunsch, den Arbeitsprozess disziplinierter und effizienter zu gestalten, hatte für die Führungen von Belegschaften seit Beginn des 20. Jahrhunderts ein „Problem“ aufgeworfen: Wie leitet man Menschen zur Arbeit an, um das Meiste und Beste aus ihnen herauszuholen? Hatten die Vorarbeiter in kleinen Fabriken zuvor zu verschiedenen Formen von Gewalt gegriffen, um die Arbeiter zur Ausführung anstrengender oder schwieriger Tätigkeiten zu bringen, lehrten die Psychologen jetzt emotionale Beherrschung.

Der neue Manager verkörperte jetzt Effizienz und Rationalität, denn seine wichtigste Funktion bestand nunmehr darin, den menschlichen Prozess wirtschaftlicher Produktivität in Gang zu bringen und zu leiten. Rationalität erforderte die strenge Kontrolle der Gefühle, zumal der negativen. Auch eine heitere Grundeinstellung wurde nachdrücklich angeordnet, weil sie die Kooperation förderte. Freundlichkeit, Teamgeist, positives Denken, Einfühlungsvermögen wurden zu wünschenswerten Fähigkeiten eines Managers, der emotionale und menschliche Interaktionen in ökonomische Produkte umzuwandeln hatte.

Die diversen Managementtheorien, die zwischen den 1930er und 1970er Jahren in populären Leitfäden ausgearbeitet wurden, trafen sich in einem kulturellen Leitmodell, dem der „Kommunikation“. Gut kommunizieren können, ist das, was heute einen guten Manager, Lehrer, Ehemann auszeichnet. Kommunikationsfähigkeit verlangt, dass wir uns selbst „objektiv“ einschätzen. Das heißt: zu wissen, wie wir auf andere wirken. Und das bedeutet, sich der ziemlich komplexen Aufgabe permanenter Selbstbeobachtung zu unterziehen, sich seine Gefühle bewusst zu machen und sie zu benennen – immer mit dem Ziel, das eigene Selbstbild zu evaluieren und mit dem Bild zu vergleichen, das andere von uns haben.

Gut kommunizieren können heißt darüber hinaus, das Verhalten und die Gefühle anderer zu interpretieren und sich einzufühlen: eine entscheidende Fähigkeit, um Konflikte zu vermeiden und Kooperationsketten in Gang zu setzen. Mit „Kommunikation“ wurden Techniken und Mechanismen eingeübt, die überall – von der häuslichen Sphäre bis zur Politik – Anwendung finden sollten, um Beziehungen zu glätten, um die eigenen Interessen zu vertreten und gleichzeitig die Interessen der anderen, ob die des eigenen Kindes, der eigenen Frau oder der Kollegen, „anzuer-

kennen“. Um diesem Ideal der „Kommunikation“ zu entsprechen, muss man seine Gefühle permanent verbalisieren und intellektualisieren; negative Gefühle muss man überwinden, um positive zu erleben; extreme Gefühle sollen einer gemäßigten Emotionalität weichen, in der die eigene Autonomie und die Fürsorge für andere in einem harmonischen Verhältnis stehen; anpassungsfähige Temperamente sind im Vorteil, weil sie kooperationsfähiger sind; und der Ausdruck von Gefühlen ist dem Gebot, die eigenen Interessen zu wahren und zu verteidigen, nachgeordnet. Gefühle unter Kontrolle zu haben, wurde also von da an als Zeichen der Reife begrüßt und gefördert – denn ein psychologisch reifes Selbst wäre eines, das um seine eigenen Interessen weiß.

Die Vorstellung, dass sich von Gefühlen auf berufliche und soziale Kompetenz schließen lässt, ist nirgends so deutlich geworden wie in dem berühmten Begriff der „emotionalen Intelligenz“, der einen ausdrücklichen Zusammenhang zwischen emotionaler Selbststeuerung, wirtschaftlicher Produktivität und sozialem Erfolg herstellte.

Die modische Vorstellung von der emotionalen Intelligenz

Dieses Konzept entstand in den 1980er Jahren und entwickelte sich rasch zu einem neuen Instrument der Bewertung von Arbeitsleistung. Mit ihm konnten die Psychologen nun die Merkmale einer Welt „entdecken“, die sie selbst mitgeprägt hatten, namentlich den Umstand, dass Gefühle benutzt werden konnten, um Menschen zu evaluieren. Mit der „emotionalen Intelligenz“ war die Behauptung verbunden, dass die Art, wie wir mit Gefühlen umgehen, Wesentliches darüber aussagt, wer wir sind, und dass Gefühle im Gegenzug eine Währung darstellen, die sich in Führungspositionen umtauschen lässt. Damit war das Ende jenes langen Prozesses erreicht, in dem Gefühle dafür instrumentalisiert wurde, ein wirtschaftlich produktives Selbst und eine entsprechende Identität hervorzubringen.

Emotionale Intelligenz – die Fähigkeit zur Selbstkontrolle – wird als Instrument zur Klassifikation von Arbeitnehmern eingesetzt und hat einen stark homogenisierenden Effekt: Menschen besuchen Workshops, um zu lernen, wie man sein emotionales Verhalten gezielt modifiziert; die erzieherische Praxis will Kindern die entsprechende Ausstattung mitgeben, um im Team zu funktionieren. Stets geht es darum, Selbstkontrolle, gute Laune, Einfühlungsvermögen und Flexibilität zu kultivieren. Emotionale Intelligenz und „Kommunikation“ sind austauschbare Begriffe, die derselben Vorstellung

einer auf Kooperationsbereitschaft und Effizienz getrimmten Emotionalität anhängen, wie sie entscheidend ist für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

„In Berufen mittlerer Komplexität (Verkäufer, Mechaniker) ist ein Leistungsträger zwölfmal produktiver als einer aus der Gruppe der schwächsten Mitarbeiter und um 85 Prozent produktiver als ein durchschnittlicher Mitarbeiter. In den komplexesten Berufen (Versicherungsagent, Kundenbetreuer) ist ein Leistungsträger um 127 Prozent produktiver als ein durchschnittlicher Mitarbeiter. Untersuchungen der Kompetenzen in über 200 Unternehmen und Organisationen weltweit besagen, dass ungefähr ein Drittel dieses Unterschieds auf technische Fertigkeiten und kognitive Fähigkeiten zurückzuführen ist, während zwei Drittel auf die emotionale Kompetenz zurückzuführen sind. (In Führungspositionen auf oberster Ebene sind vier Fünftel des Unterschieds auf die emotionale Kompetenz zurückzuführen.)“⁸

Wir haben es hier mit einem der originellsten Aspekte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert zu tun: Die Person und ihre Gefühle sind zur Zielscheibe einer Industrie geworden, deren wichtigster Artikel eben die Person ist. Die Techniken zur Verarbeitung und Handhabung menschlicher Leiden und Konflikte lassen sich theoretisch endlos wiederholen, recyceln und neu konsumieren, weil der Idealzustand nicht definiert ist und sich ständig erweitert. Damit der Mensch immer rentabler werde, haben sie die Seele standardisiert.

¹ Augustinus, „Bekennnisse. Confessiones“, Frankfurt am Main (Insel) 1987, S. 15.

² April Dembosky, „Invasion of the Body Hackers“, *Financial Times*, 10. Juni 2011, www.ft.com.

³ Wilhelm Wundt, „Grundriß der Psychologie“, Leipzig (Engelmann) 1896.

⁴ Eva Illouz, „Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe“, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 2009.

⁵ Hugo Münsterberg, „Psychologie und das Wirtschaftsleben. Ein Beitrag zur angewandten Experimental-Psychologie“, Leipzig (Barth) 1912. Er entwickelte Persönlichkeitstests für Arbeitnehmer und begründete das Feld der Berufsberatung.

⁶ Andrew Abbott, „The System of the Professions. An Essay on the Division of Expert Labor“, Chicago (University of Chicago Press) 1988, S. 149.

⁷ Heute gibt es 2500 verschiedene Persönlichkeitstests, an denen eine 400-Millionen-Dollar-Industrie hängt. Vgl. Annie Murphy Paul, „Cult of Personality“, New York (Free Press) 2004.

⁸ Cary Cherniss, „The Business Case for Emotional Intelligence“, New Jersey 1999, www.eiconsortium.org/reports/business_case_for_ei.html, zitiert nach: Illouz, siehe Anmerkung 4, S. 352 f.

Aus dem Englischen von Michael Adrian

Eva Illouz ist Professorin für Soziologie und Anthropologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Auf Deutsch ist soeben von ihr erschienen: „Warum Liebe weh tut. Eine soziologische Erklärung“, Berlin (Suhrkamp) 2011.

Meldungen des Monats

Schlechte Nachrichten

Im Zuge der Verhaftungswelle gegen angebliche Sympathisanten der kurdischen PKK verschärft die Regierung in der Türkei die Repression gegen Journalisten und Verteidiger der Pressefreiheit. Am 28. Oktober wurde Ragip Zarakolu zusammen mit etwa 40 anderen „Kollaborateuren“ der PKK verhaftet. Auf Anordnung eines Istanbuler Richters bleibt der Journalist und Verleger, der auch Vorsitzender des Ausschusses für Publikationsfreiheit im türkischen Verlegerverband ist, so lange im Gefängnis, bis eine Anklageschrift vorliegt. Das kann Monate dauern. Von der Polizei wurde Zarakolu nach seinen Beiträgen für die Zeitschrift *Özgur Gündem* befragt. Im März 2011 war er wegen „terroristischer Propaganda“ verurteilt worden, weil sein Verlag Belge ein Buch mit dem Titel „Der globale Staat und die staatenlosen Kurden“ publiziert hatte, das sofort nach Erscheinen beschlagnahmt wurde. Gegen dieses Urteil hat Zarakolu Berufung eingelegt. Merkwürdiges ereignet sich im Justizsystem von Honduras. Am 31. Oktober hat ein Gericht in La Ceiba den Hauptangeklagten im Prozess um den Mord an dem Radiojournalisten David Meza Montesinos freigesprochen. Meza war im März 2010 erschossen worden. Zuvor hatte er Drohungen wegen seiner Reportagen über den Drogenhandel an der honduranischen Atlantikküste erhalten. Das eindeutige Beweismaterial gegen den Hauptverdächtigen Marco Joel Álvarez (alias „El Unicornio“, das Einhorn), das der Staatsanwalt angekündigt hatte, wurde vor Gericht nicht erörtert. Seit dem Amtsantritt von Präsident Porfirio im Januar 2010 wurden in Honduras 17 Journalisten ermordet. In keinem Fall wurde ein Täter überführt.

In Australien wurde eine Quasizensur für die Berichterstattung aus dem Aufnahmezentrum für Flüchtlinge Villa-

REPORTER OHNE GRENZEN FÜR PRESSEFREIHEIT

wood von Sidney verhängt, in dem dieses Jahr schon sieben Flüchtlingen gestorben sind. Nach dem Tod eines Mannes aus Sri Lanka am 25. Oktober ordnete das Einwanderungsministerium an, dass Journalisten vor dem Besuch in einem Aufnahmezentrum eine „vertragliche Übereinkunft“ über die Reportageinhalte unterzeichnen müssen; Fotos und Filmaufnahmen müssen vor Veröffentlichung genehmigt werden.

Gute Nachricht

Am 30. Oktober haben die Behörden in Saudi-Arabien drei Internetjournalisten freigelassen. Firas Baqna, Chalid al-Rashid und Hussam al-Darwish waren zwei Wochen lang inhaftiert, ohne Begründung und ohne dass eine Anklage erhoben wurde. Die drei produzieren für einen Internetfernsehsender die Serie „Mlub Aleyna“, die Themen wie die Diskriminierung von Frauen, Inflation oder Armut aufgreift.

Die Räuberbank von Kabul

► Fortsetzung von Seite 1

die Möglichkeit verschafft hat, sich aus den Bankguthaben von 1,3 Millionen Afghanen zu bedienen, ist ein Glücksritter von ganz unten. Er stammt aus einer armen Familie im Norden und machte zunächst eine Karriere als Pokerspieler: Das Internetportal World Series of Poker Tour führt ihn als Gewinner von fast 400.000 Dollar an Preisgeldern bei internationalen Turnieren der Jahre 2005 bis 2008.

Den größten Teil seines Lebens verbrachte Farnud im Ausland. Schon als Student in Moskau hatte er in den 1980er Jahren eine Firma gegründet, die Geldtransfers für den Import afghanischer Textilien nach Russland abwickelte. Innerhalb von 15 Jahren, berichtet ein ehemaliger Nato-Vertreter in Afghanistan, habe Farnud sein Finanznetzwerk über Zentralasien nach Pakistan, Iran und China bis nach Europa und Kalifornien ausgeweitet.

Er bewegte sich dabei auf dem Boden des traditionellen muslimischen *Hawala*-System. Das ist ein von Banken unabhängiger, auf Vertrauen beruhender Transfermechanismus für Kredite und Überweisungen, der den unschätzbaren Vorteil hat, dass er kaum schriftliche Spuren hinterlässt. Nach Aussage eines ehemaligen Ermittlers der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA hat Farnud in den 1990er Jahren Geldtransfers für alle möglichen legalen Kunden abgewickelt, aber auch Geldwäsche für die Taliban, für Drogenhändler und für die al-Qaida praktiziert.

Nach der Vertreibung der Taliban Ende 2001 förderte Afghanistans neue Schutzmacht USA die Gründung moderner Banken. Bis dahin gab es im ganzen Land nur zwei verstaatlichte und unterkapitalisierte Geldinstitute. „Die internationalen Aufseher waren froh, als sich in Kabul echte Banken gründeten“, erinnert sich der damalige Weltbank-Bauftraggeber William Byrd. „Und die ausländischen Geldgeber glaubten, man könnte diese Institute den internationalen Regeln unterwerfen.“ SHERKHAN FARNUD war der Erste, der eine Lizenz zur Gründung einer Bank beantragte. 2004 bekam er sie bewilligt.

Farnud demonstrierte rasch ein Gespür für werbewirksame PR-Gags, das unter Bankern selten ist. Um an die Ersparnisse der Afghanen heranzukommen, ließ er zwei weibliche indische Filmstars in Fernsehspots für seine neuen Kreditkarten werben. Unter dem Motto „Bakht“ (Glück, Reichtum) veranstaltete er Lotterien in großen Hochzeitssälen, wobei nur teilnehmen durfte, wer 100 Dollar auf ein neues Konto bei der Kabul Bank einzahlte. „Farnud verlor damals Autos, Wohnungen und Bargeld“, erinnert sich der heutige Handelsminister Anwar ul-Haq, der die Lizenz der Kabul Bank unterzeichnet hatte. Dabei habe er nur Methoden kopiert, die schon anderswo im Mittleren Osten eingeführt waren.

Innerhalb von zwei Jahren hatte Farnud sein System etabliert. Er heuerte neue Verbündete aus dem Dunstkreis der afghanischen Machthaber an. Mahmud Karsai gewährte er ein Darlehen



Inka Lindergård und Niklas Holmström, Saga XX, 2011, 16 x 25 cm

von 6 Millionen Dollar, mit dem der Präsidentenbruder einen 7-prozentigen Aktienanteil an der Kabul Bank erwarb, ohne einen eigenen Cent mitzubringen. Der damalige Zentralbankchef Noorullah Delawari erklärt diese Gefälligkeit so: „Farnud gehörte nicht zu einem der Stammesverbände, er hatte keine politische Rückendeckung. Darum ließ er Mahmud Karsai einsteigen, das sollte ihm als eine Art Versicherungspolice dienen.“

Bis Juli 2011 hat der stellvertretende Generalstaatsanwalt in Afghanistan 413 Darlehen ermittelt, die von der Kabul Bank in betrügerischer Absicht vergeben wurden, und zwar häufig zinslos und ohne Rückzahlungsfristen. Fast alle Kredite gingen an Aktionäre der Bank, allerdings zumeist über Strohmänner wie Leibwächter, Gärtner oder Hausdiener. Zugleich eröffnete die Bank eine Kette von Zweigstellen, auch im paschtunischen Süden des Landes, wo seit 2005 wieder die Taliban präsent waren. Über Filialen zahlte die Regierung in Kabul auch die Gehälter ihrer Beamten, Soldaten und Polizisten.

Höchst kreativer Umgang mit öffentlichen Geldern

Nach der umstrittenen Wiederwahl Hamid Karsais im Sommer 2009 kamen noch mehr solcher Auszahlungsvereinbarungen zwischen den Ministerien und der Kabul Bank zustande. Das bot den Bankern fantastische Möglichkeiten, erläutert Andrew Wilder: „Sie haben es verstanden, mit den Geldern, die durch ihre Kassen gingen, höchst ‚kreativ‘ umzugehen.“ Zum Beispiel, indem die Auszahlung der Beamtgehälter verzögert wurde, um zusätzliche Zinsgewinne zu erzielen, die man dann in alle möglichen Geschäfte investierte. Die so reichlich fließenden Einnahmen blieben nie lange im Tresor liegen. Schließlich wollte sich SHERKHAN FARNUD ein Wirtschaftsimperium aufbauen. Gemeinsam mit Mahmud Karsai kaufte er Zementfabriken, einen Fernsehsender (1,8 Millionen Dollar), ein Tankstellennetz (21 Millionen) und Immobilien in Kabul.⁴

Schief ging allerdings das Geschäft mit der 2008 erworbenen Pamir Airways, in die Farnud mit einem Kredit der Kabul Bank 98 Millionen Dollar investierte. Die erste private afghanische Fluggesellschaft – Werbeslogan „Fliegen Sie mit Vertrauen“ – schmierte schon nach drei Jahren ab. Zuvor hatte Farnud versucht, die Konkurrenz mit Kampfpreisen auszusteichen. Zeitweilig verkaufte die Pamir Airways das Ticket Kabul-Dubai für ganze 50 Dollar.

Doch das Abenteuer endete im Mai 2010, als beim Absturz einer Antonow An-24 im Hindukusch 44 Menschen den Tod fanden. Die Betriebserlaubnis der Maschine war offenbar gefälscht. Im November verhängte die EU-Kommission gegen Pamir Airways ein Einflugverbot, im März 2011 wurde der Firma die Lizenz entzogen.

Kurz nach dem Unglück hatte eine zweite Figur ihren großen Auftritt. Kha-

lilullah Ferosi, der seit 2008 der Kabul Bankvorstand, präsentierte den Medien am Tag nach dem Flugzeugunglück mehrere Witwen von Absturzopfern, die versicherten, sie seien angemessen entschädigt worden. Zudem behauptete Ferosi, für das Unglück sei nicht die Pamir Airways verantwortlich, sondern die Nachlässigkeit der Nato-Fluglotsen. Wie Farnud hatte auch Ferosi einige Jahre in Russland verbracht und eine Ausbildung an der Polizeischule in Ufa (Baschkirien) absolviert. Später hatte er sich als Smaragdsmuggler für die Nordallianz des Ahmed Massud betätigt. Bei der Kabul Bank hatte er zunächst als Sicherheitschef angeheuert.

Wie sich dieser Sprössling eines Dichters – blond gefärbte Haare, Bodybuilder-Figur, Lacoste-Poloshirt – den Job eines Bankdirektors vorstellte, erklärte er im Mai 2010 in einem Gespräch in Kabul: „In Afghanistan sind alle Geschäfte gefährlich. Uns bleibt wenig Zeit, die Machtverhältnisse ändern sich ständig. Und wenn die Amerikaner erst abgezogen sind, wird für Geschäfte viel weniger Geld zur Verfügung stehen.“

Seit Ferosi an der Spitze der Kabul Bank stand, ließ sich Farnud nur noch selten in der afghanischen Hauptstadt blicken. Er zog es vor, von Dubai aus zu operieren. Ein US-Offizier der Nato-Vertretung meint dazu: „Farnud hat für etwa zwei Jahre die Kontrolle über die Bank verloren. Die Kabul Bank war immer ein Pyramidensystem⁵, aber Farnud konnte sie über Wasser halten, weil er saubere Unternehmen ins Geschäft einbrachte. Ferosi hat sich dann mit Mahmud Karsai und Qasim Fahim zusammengesetzt und pausenlos Kredite vergeben – also das Geld so schnell wie möglich verteilt.“

Im Jahr 2010 beschleunigte sich diese Plünderungsstrategie erneut: Ferosi und Farnud wussten, dass es nicht mehr lange gut gehen würde, und wollten das Letzte herausholen. Ende August 2010 verfügte die Zentralbank die Absetzung der beiden – inzwischen hatten sich bereits 300 Millionen Dollar Verluste angehäuft, vor allem durch Immobiliengeschäften in Dubai. Als bekannt wurde, dass die Bank fast pleite war, setzte der Sturm auf die Kassenschalter ein. Alle Einleger wollten ihr Geld abheben. Im September 2010 sah sich die Zentralbank gezwungen, die Kabul Bank mit 825 Millionen Dollar zu refinanzieren, die in mehreren Tranchen ausgezahlt wurden.

Nach Auskunft des stellvertretenden Generalstaatsanwalts versucht die Zentralbank jetzt in Dubai Vermögenswerte in Höhe von 300 Millionen Dollar loszuschlagen, die der Kabul Bank gehören. Ferosi hatte zum Beispiel 35 Luxusvillen im Wert von 160 Millionen Dollar auf der künstlichen Insel Palm Jumeirah erstanden. Farud und Ferosi, die beiden Hauptverantwortlichen für den Zusammenbruch der Kabul Bank, verbrachten nur zwei Monate im Gefängnis. Im September 2011 gewährte ihnen Präsident Karsai Haftverschonung. Begründung: Sie sollen beim Aufspüren noch veräußerbarer Vermögenswerte behilflich sein.

„Der Niedergang der Kabul Bank dürfte kaum Auswirkungen auf die afghanische Wirtschaft haben“ lautet das überraschende Fazit, das Colin Cookman, Afghanistanexperte beim Center for American Progress in Washington, über den Fastbankrott der Kabul Bank zieht. Gerade weil die Bank nur dem Devisenraub diene und kaum produktive Investitionen tätigte, habe ihr Absturz keine große Krise ausgelöst. Denn sie war mit der afghanischen Wirtschaft gar nicht verflochten. Sie war einfach nur eine Geldmaschine.

Staatspräsident Hamid Karsai will sich um den Fall nicht weiter kümmern. Er schiebt die Schuld auf die internationalen Aufsichtsgremien, die in der Affäre tatsächlich keine gute Figur machten.⁶ Während der Krise autorisierte Karsai zunächst eine Prüfung durch die Zentralbank und das afghanische Monitoring and Evaluation Committee zur Korruptionsbekämpfung. Dann aber machte er eine Kehrtwende und wollte Aktionäre der Kabul Bank in persönlichen Gesprächen zur Rückzahlung der empfangenen „Kredite“ bewegen, damit diese nicht vor der Untersuchungskommission der Zentralbank aussagen mussten. Laut einem Bericht des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans (Sigar) duldet Karsai auch keine westlichen Berater in der Zentralbank.

Um das afghanische Bankensystem zu sanieren, will die Weltbank eine Durchleuchtung (audit) der zehn größten Privatbanken des Landes finanzieren. Aber die betroffenen Geldinstitute wollen sich nicht in die Karten schauen lassen. Die Azizi Bank, die zweitgrößte Privatbank des Landes, soll seit 2008 bei Geschäften in Dubai große Summen verloren haben.

Einen der Hauptaktionäre dieser Bank hatte Präsident Karsai schon Anfang 2009 zusammen mit dem Chef der Kabul Bank einbestellt, um sie über die Verluste ihrer Finanzinstitute zu befragen. Beide Banker zerstreuten offenbar alle Bedenken, verließen frohgemut den Präsidentenpalast und gingen weiter ihren Geschäften nach.

¹ Alissa J. Rubin und Rod Nordland, „Kabul Bank Is Portrayed as a Private A.T.M. for Afghanistan's Elite“, *New York Times*, 29. März 2011.

² Siehe Martine van Biljert, „The IMF, Kabul Bank, government salaries and transition“, *Afghan Analyst Network*, Juni 2011.

³ Das Usip ist ein vom US-Kongress gegründetes und finanziertes Forschungsinstitut, das sich selbst als „Zentrum für globales Konfliktmanagement“ bezeichnet.

⁴ Über das Schicksal der Zementfabrik siehe Mir Sediq Salqi, „A loss-making cash cow“, *Afghanistan Today*, 7. Juli 2011, bit.ly/r72350.

⁵ Das bekannteste Beispiel für ein System, bei dem die ersten Investoren aus den Einlagen der letzten ausbezahlt werden, ist die Pyramide des New Yorker Investmentberaters Bernie Madoff.

⁶ Ein Bericht des vom US-Kongress eingesetzten Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (Sigar) monierte „unzureichende Kontrollen“ und mangelnde Kooperation der US-Aufsichtsbehörden. Nachzulesen unter: www.sigar.mil/pdf/audits/SIGAR%20Audit-11-13.pdf.

Aus dem Französischen von Edgar Peinelt

Louis Imbert ist Journalist.

ANZEIGEN

ERINNERUNG VOR RICHTER

„Neue Straftatbestände auf EU-Ebene öffnen einer Gesinnungsjustiz Tür und Tor. Die Leugnung von einem gerichtlich als Völkermord deklarierten Ereignis ist bereits strafbar; die Leugnung kommunistischer Verbrechen könnte es demnächst werden.“

Hannes Hofbauer

VERORDNETE WAHRHEIT, BESTRAFTE GESINNING

Rechtsprechung als politisches Instrument

ISBN 978-3-85731-329-7, br., 264 S., 17,90 Euro



PRO MEDIA www.mediashop.at

Scheich Abdelaziz Thâalbi war der Erste, der den Begriff „Destur“ (Verfassung) in Tunesien in den 1920er Jahren bekannt machte.¹ 1934 übernahm ihn dann der Vater der tunesischen Unabhängigkeit, Habib Bourguiba, der ihn weiterentwickelte und zum Leitprinzip im Kampf für die politische Unabhängigkeit des Landes machte. Der Begriff der Destur brach mit der kolonialen Ordnung ebenso wie mit der absolutistischen Herrschaft des tunesischen Beys und war damit Sinnbild für den Aufbruch in eine rechtsstaatliche und institutionelle Moderne.² Doch erst als sie schon vor den Toren der Macht standen, begannen die tunesischen Nationalisten klarer auf die Notwendigkeit einer verfassungsgebenden Versammlung zu verweisen.

Der entscheidende Impuls erfolgte im November 1955 auf dem Kongress der Neo-Destur, wie die von Bourguiba gegründete Partei sich nannte. Die Delegierten forderten die Regierung auf, „unverzüglich allgemeine demokratische Wahlen in den Gemeinden und für eine verfassungsgebende Versammlung“ durchzuführen.

Im Juni desselben Jahres war die zwischen der tunesischen Führung und dem französischen Regierungschef Pierre Mendès France ausgehandelte „innere Autonomie“ Tunesiens in Kraft getreten – zum Missfallen des radikalen Flügels der Neo-Destur unter Salah Ben Youssef³. Der forderte die „sofortige und totale Unabhängigkeit“ Tunesiens und drohte mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfs. Mit der Zustimmung der Kongressteilnehmer zum Antrag für eine verfassungsgebende Versammlung versuchte Bourguiba den Flügel der „Youssefisten“ zurückzudrängen. Damit gelang ihm ein doppelter Schlag: Zum einen stellte er die Franzosen vor vollendete Tatsachen, indem er die Frage der Unabhängigkeit erneut auf die Tagesordnung setzte, zum anderen grub er seinen internen Widersachern das Wasser ab.

Danach galt es nur noch die Bedenken des Palastes zu überwinden: Der Bey von Tunis, Muhammad al-Amin, fürchtete nicht ohne Grund, der den „Desturiern“ versprochene Verfassungskonvent könnte seine Vorrechte beschneiden. Deshalb spielte er auf Zeit und weigerte sich zunächst, der Forderung der Kongressteilnehmer nachzukommen. Doch die Machtverhältnisse verschoben sich immer mehr zugunsten der Nationalisten. Am 29. Dezember 1955 sah sich der Bey gezwungen, ein Dekret zu unterzeichnen, das die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung auf den 25. März 1956 festsetzte. Dabei versuchte al-Amin, noch möglichst viel für sich zu retten und die Kompetenzen der „Constituante“ zu begrenzen, indem er ihren Auftrag auf die Formel einengte, dem „Königreich Tunesien“ eine Verfassung zu geben.⁴

Die Modalitäten des Urnengangs wurden am 6. Januar 1956 festgelegt: In jedem der 18 neuen Wahlbezirke sollte nach Listen gewählt werden. Am 20. März, nur fünf Tage nach der Unterzeichnung des Protokolls zur Unabhängigkeit Tunesiens in Paris, gingen 85 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen: eine regelrechte Volksabstimmung. Die Nationalisten der Neo-Destur eroberten 98 Prozent der Sitze.⁵ Bourguiba wurde in seiner Heimatstadt Monastir mit 100 Prozent der Stimmen gewählt. Aus dieser Position der Stärke machte er sich sofort daran, sein Programm umzusetzen. Doch um die Fundamente eines modernen Staats und seiner Gesellschaft legen zu können, musste er zuvor die Unabhängigkeit des Landes festigen, die bislang nur auf dem Papier bestand. Daher die verfassungsgebende Versammlung.

Die französische Unterschrift unter das Unabhängigkeitsprotokoll beendete die Fiktion des Protektorats. Frankreich übergab den Tunesiern die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten, zögerte aber, ihnen auch die Verantwortung für auswärtige Beziehungen, Verteidigung und selbst für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu überlassen. Das Rückgrat der tunesischen Verwaltung bildeten nach wie vor die französischen Beamten, die gegenüber ihren tunesischen Kollegen bei weitem in der Überzahl blieben. Trotz der offiziellen Unabhängigkeit Tunesiens blieben 56000 französische Soldaten im Land stationiert.

Die Aufgabe einer verfassungsgebenden Versammlung bestand also vor allem darin, diesen unhaltbaren „Übergangszustand“ durch einen irreversib-

Das sanfte Ende der Monarchie

Tunesiens Weg zu seiner ersten Verfassung 1959

von Samy Ghorbal



Inka Lindergård und Niklas Holmström, *Saga V*, 2009, 111 cm x 143 cm

len politischen Akt zu beenden. Bei ihrer konstituierenden Sitzung im symbolträchtigen Thronsaal des Bardo-Palasts am 8. April 1956 wählte die Versammlung Bourguiba zu ihrem Vorsitzenden. Bereits sechs Tage später wurde ein erstes Verfassungsgesetz verabschiedet: ein einziger Artikel mit drei Absätzen, die sogenannte kleine Verfassung von 1956.

Bourguiba war sich bewusst, dass die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Religion die Gemüter erhitzten würde. Damit diese Diskussion gar nicht erst aufkam und für Unruhe sorgte, lautete der erste Absatz des Verfassungsgesetzes vom 14. April 1956: „Tunesien ist ein freier, unabhängiger und souveräner Staat. Seine Religion ist der Islam und seine Sprache das Arabische“. Diese Formulierung, die wortgleich in die Verfassung vom 1. Juni 1959 einging,⁶ war ein Meisterwerk an Präzision und Doppeldeutigkeit. Der Islam ist die „Religion des Staats“, aber nicht „Staatsreligion“; die Religionsfreiheit wird „anerkannt“, und die freie Glaubensausübung wird „geschützt“, aber nur unter der Voraussetzung, „dass sie nicht die öffentliche Ordnung gefährdet“ (3. Absatz). Der tunesische Staat war damit zwar nicht laizistisch definiert, aber auch nicht islamistisch, sondern säkular. Die Scharia wurde nicht zur Quelle des Rechts erhoben.

Der zweite Absatz – „die Souveränität geht vom Volk aus, das sie gemäß

den in dieser Verfassung festgelegten Bedingungen ausübt“ – bedeutete die Abwertung der Monarchie zu einer folkloristischen Institution. Nachdem Bourguiba vom Bey mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, womit er den Vorsitz bei der verfassungsgebenden Versammlung abgeben musste, führte er hinter den Kulissen weiter Regie: Er wachte über die Arbeit der „Constituante“, die ursprünglich nur wenige Wochen dauern sollte, sich dann allerdings drei Jahren und zwei Monate lang hinzog.

Bourguiba, der gewiefte Taktiker

Bis Januar 1957 einigten sich die Abgeordneten auf einen ersten 107 Artikel umfassenden Entwurf einer monarchischen Verfassung, die sich am „britischen Modell“ orientierte. Der wurde aber nicht einmal im Plenum diskutiert, geschweige denn verabschiedet. Der gewiefte Taktiker Bourguiba wartete auf einen günstigen Moment, um der schwächelnden Monarchie den Todesstoß zu versetzen.

Im Juli 1957 ging Bourguiba in die Offensive: Er verurteilte die Korruption am Hof des Beys und die Veruntreuung von Staatsgeldern durch die Prinzen. Jetzt sollte Schluss sein mit den anormalen Privilegien des Beys, die Bourguiba als inakzeptable Hinterlassenschaft

einer dekadenten und demütigenden Vergangenheit empfand. „Die Stunde der Abrechnung wird bald kommen“, drohte der Führer der Neo-Destur am 17. Juli 1957. Für den 25. Juli ließ er eine außerordentliche Sitzung der Verfassungsversammlung ansetzen. Ein Delegierter nach dem anderen trat in der aufgeheizten Atmosphäre ans Rednerpult, um der Monarchie den Prozess zu machen.

Am Ende ergriff Bourguiba selbst das Wort. Er geißelte die Beys von Tunis als „ordenbehängte Hampelmänner und Säbelrassler“, die – bis auf eine Ausnahme⁷ – den „einer Monarchie normalerweise zukommenden Aufgaben niemals gewachsen waren“. Und dann forderte er die sofortige Abschaffung der Monarchie: „Um einen Staat auf einer soliden Basis zu errichten, muss es eine strikte Übereinstimmung zwischen den Menschen und den Symbolen geben.“ Am Ende der Sitzung wurde die Republik ausgerufen.

Damit begann eine neue Etappe der Verfassungsdebatte. An ihrem Ende stand ein Präsidialsystem, das auf Bourguiba zugeschnitten war. Im Januar 1958 lag dann der Entwurf für eine neue republikanische Verfassung vor, die aus 89 Artikeln bestand und keine Präambel mehr hatte. Die vorliegende Fassung war allerdings unausgereift und lückenhaft (etwa bei der Definition des politischen Systems und bei den Grundrechten).

In der Folge musste die ursprünglich für den 9. April 1958 vorgesehene Verkündung der neuen Verfassung wegen einer Krise mit Frankreich verschoben werden, nachdem die französische Luftwaffe im Februar das tunesische Dorf Sakiet Sidi Youssef bombardiert hatte. Die entstandene Pause nutzten Bourguiba und seine Berater, um die Verfassungsdebatte in Frankreich zu verfolgen, wo zwischen Mai und Oktober 1959 der Übergang von der IV. zur V. Republik vonstatten ging. Unter Verweis auf dieses Beispiel wurde das Übergewicht der künftigen tunesischen Exekutive verstärkt.

Danach ging alles ziemlich schnell. Am 26. Januar 1959 stimmte die „Constituante“ dem neuen Verfassungsentwurf in erster Lesung zu. Und am 28. Mai verabschiedete sie den endgültigen Text, der jetzt 60 Artikel umfasste und auch wieder eine Präambel hatte. Darin wurde feierlich der Wille des tunesischen Volks beschworen, „den Lehren des Islam, der Einheit des Großmaghreb und dessen Mitgliedschaft in der arabischen Familie treu zu bleiben“.

Diese Verfassung, die am 1. Juni 1959 von Bourguiba proklamiert wurde, beinhaltete ein starkes präsidentielles System, das den Prinzipien einer liberalen Demokratie zuwiderlief. Das in der Präambel noch erwähnte Prinzip der Gewaltenteilung fand keine konkrete Ausgestaltung; die Garantien für die richterliche Unabhängigkeit waren geradezu lächerlich. Grundrechte wie Presse-, Vereinigungs-, Meinungs- und Religionsfreiheit wurden im Prinzip anerkannt, doch wie wirksam und weitreichend sie auszugestalten waren, lag zumeist im Ermessen des Gesetzgebers, der wiederum der Exekutive untergeordnet war. Der Präsident war Staatsoberhaupt und Regierungschef zugleich und in beiden Funktionen unabsetzbar. Er war gegenüber keiner Institution verantwortlich und konnte Minister jederzeit ernennen und entlassen. Auch eine Begrenzung seiner Amtszeiten war nicht vorgesehen.⁸

Muss man also sagen, dass die verfassungsgebende Versammlung von 1956 bis 1959 versagt hat? Ja und nein. Die Antwort lautet ja, insofern es ihr nicht gelungen ist, ein demokratisches System zu entwerfen, in dem die Grundrechte und Freiheiten wirksam gesichert waren. Und sie lautet nein, insofern sie ihre Aufgabe, die Unabhängigkeit Tunesiens zu festigen und seine Souveränität auszugestalten, dennoch weitgehend erfüllt hat. Vor allem aber hat sie den Bruch mit der Vergangenheit vollzogen, indem sie das Fundament für einen säkularen Staat rational-legalen Typs schuf, der zuvor fast ausschließlich der westlichen Moderne vorbehalten war.

¹ Thâalbi (1876–1944) gründete 1920 die Destur-Partei, aus der später Bourguibas Neo-Destur hervorging.

² Tunesien unterstand zwischen 1574 und 1881 der Kontrolle des Osmanischen Reichs und war danach französisches Protektorat. Der Bey war ein Vasall Konstantinopels und genoss weitgehende Autonomie. Frankreich nutzte die Finanzkrise aus, um seine Hegemonie zu festigen.

³ Salah Ben Youssef war neben Bourguiba einer der wichtigsten Köpfe der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung und ein erbitterter Gegner der Politik Bourguibas.

⁴ Das Dekret vom 29. Dezember 1955 verbot der verfassungsgebenden Versammlung implizit, Gesetze zu erlassen. Doch ab dem 24. April 1956 nahm die Versammlung für sich das Legislativrecht in Anspruch, ebenso wie richterliche Kompetenzen im Rahmen des „hohen Gerichtshofs“, der eingesetzt wurde, um die „youssefistischen Verräter“ zu verurteilen und zu bestrafen.

⁵ Die nationalistische Front bekam 98,34 Prozent der abgegebenen Stimmen, das entsprach 81,48 Prozent der registrierten Wahlberechtigten. In Tunis und auf Djerba (der Heimat Ben Youssefs) stimmten allerdings nur 41 beziehungsweise 29 Prozent für die Nationalisten.

⁶ In Artikel 1 dieser Verfassung heißt es: „Tunesien ist ein freier Staat, unabhängig und souverän, seine Religion ist der Islam, seine Sprache das Arabische und seine Staatsform die Republik.“ Über diese Formulierung, von den Tunesiern als „Frucht der Alchimie Bourguibas“ betrachtet, besteht ein politischer Konsens, den auch die am 23. Oktober 2011 gewählte Versammlung nicht infrage stellen wird.

⁷ Bey Muhammad al-Munsif (1881–1948), der „patriotische König“ und ein glühender Nationalist, wurde von den „Forces françaises libres“ unter dem Vorwand der Kollaboration mit Vichy-Frankreich am 15. Mai 1943 abgesetzt. Er hatte nicht einmal ein Jahr regiert und starb im Exil im französischen Pau.

⁸ Die Verfassung von 1959 war lückenhaft und auf den Präsidenten Bourguiba zugeschnitten. Sie wurde mehrmals geändert (1976, 1988 und 2002), was ihre Mängel noch verstärkte. Mehr als zwei Drittel ihrer Artikel wurden substanziell geändert.

Aus dem Französischen von Jakob Horst



Über Fleisch

► Fortsetzung von Seite 1

Inka Lindergård und Niklas Holmström, Saga XVIII, 2011, 20 x 25 cm

licher Konsens herausgebildet, der bislang allerdings weder Alltags- noch Rechtspraxis geworden ist. Wir alle wissen ja: So wenig wie mit der steinzeitlichen Jagd hat die heutige Fleischproduktion mit jenen idyllischen Bauernhöfen gemeinsam, die die Ausmal- und Wimmelbilder unserer Kinder füllen. Was man über die Wirklichkeit erfährt – indem man eine Fernsehreportage über Hühnerfabriken sieht oder auf der Autobahn an einem Schweinetransporter vorbeifährt –, muss man schnell verdrängen, weil sich ein solches Ausmaß von Leid und Schrecken schwer aushalten lässt.

Wer sind nun diese Schweine im Lkw? Sie sind Säugetiere, empfindungsfähige Organismen, natürliche Lebewesen – und sind es nicht. Es wurde oben bereits angedeutet, dass sogar das Wachstum des Nahrungsmittels Fleisch kein rein natürlicher Vorgang ist. Auch mit klassischer Landwirtschaft hat die heutige Intensivtierhaltung wenig zu tun, vielmehr ist sie Hightech-Industrie mit Tieren. In industriellen Prozessen werden diejenigen Vorgänge von Lebewesen, die technisch vom Menschen noch nicht hervorgebracht werden können, deren Effekte aber gewünscht sind, in einen so weit wie möglich industrialisierten Produktionsprozess eingebaut. Zucht, Besamung, Fütterung, Haltung – in sämtlichen Phasen des Nutztierlebens führt der Mensch längst über die Natur Regie. Wenn das nur dieses eine, bis heute noch nicht ganz kontrollierbare Moment wäre, dieser verflixte Funke Leben! Doch diesem „Leben“ ist eben nur noch eine Nebenrolle zugewiesen in der heutigen Frankenstein-Industrie, die sich der eigenmächtigen und eigennützigen Planung und Erschaffung von Lebewesen verschrieben hat und auf diese Weise Fleisch, Eier und Milch für bereits ein bis zwei Milliarden von Menschen produziert.¹

Wer sich mit der modernen Agrarindustrie beschäftigt, den wird eines am stärksten verblüffen: die Beobachtung, dass heutige Ställe nicht mehr rund um die Tiere, sondern vielmehr die Tiere passend für die Haltungssysteme „designt“ werden. Aus diesem Grund ist die tierschützerische Forderung nach besseren Haltungsbedingungen zwar völlig richtig, ihre Erfüllung allein würde aber leider nicht genügen. Denn fast sämtliche heutigen Nutztierarten sind derart auf Effizienz gezüchtet, dass ihr Organismus darunter leidet. Sie sind anfällig für Störungen im Knochenbau, das Skelett kann mit dem Muskelwachstum nicht Schritt halten, sie neigen zu Stoffwechselstörungen, Flüssigkeitsansammlungen in der Bauchhöhle, chronischen Entzündungen überbeanspruchter Organe – oder gleich mehreren solcher Symptome auf einmal.² Entsprechende Verhaltensstörungen kommen hinzu. Versuche haben gezeigt, dass Masthähnchen offenbar aufgrund ihrer chronischen Schmerzen die erhöhten Sitzstangen in ihrem Stall ohne Gabe von Schmerzmitteln gar nicht mehr erreichen konnten.³ Und damit die zur Weiterzucht verwendeten Elterntiere solcher Mastgeflügelrasen überhaupt fortpflanzungsfähig sind (und nicht zu groß, schwer oder plump), muss ihnen Futter vorenthalten werden, weswegen sie permanent hungern und Verhaltensauffälligkeiten zeigen.⁴

Auch dies mutet paradox an vor dem Hintergrund unterstellter „Natürlichkeit“ – da wir doch gemeinhin annehmen, anders als das Kulturwesen Mensch vollziehe ein Tier sein Leben „nur“ in der Befriedigung überschaubarer natürlicher Grundbedürfnisse. Doch bereits diese basalen tierischen Verhaltensweisen sind eben durch die Zucht immens eingeschränkt: die Bewegung, die Futteraufnahme, das Sozialverhalten – und die Fortpflanzung natürlich auch. Bei Hühnern ist die Zuchtwahl dermaßen weit fortgeschritten, dass heutige Hybridrasen nur noch entweder für Eier- oder für Fleischproduktion geeignet sind. Das Erbgut und Know-how entsprechender „Zuchtlinien“ liegt weltweit in der Hand weniger Firmen, die für ihre „Produkte“ exakt angeben, wie viele Eier eine durchschnittliche Henne im ersten Jahr legen wird, wenn sie soundso viel Gramm eines bestimmten Futters bei soundso vielen Stunden Licht et cetera erhält. Eine streng geregelte Kette von Großeltern, Elterntieren, Brütereien und Aufzuchtanrichtungen gewährt die „gleichbleibend hohe Qualität“ – des Produkts Tier.⁵

Hühnerschlachtsystem für Indien

Auch bei einem Säugetier wie dem Rind steuert die moderne Reproduktionstechnologie längst alles außer dem Wachstum innerhalb der Gebärmutter. Durch das strenge Überwachen einzelner Zuchtparameter wurde und wird nicht nur die Milchmenge kontinuierlich gesteigert, sondern auch der Eiweiß- und Fettbedarf der Milch je nach den Bedürfnissen des Marktes variiert. Künstliche Besamung ist Standard, zusätzlich werden inzwischen auch In-vitro- und In-vivo-Verfahren eingesetzt. Bei der In-vitro-Methode wird der Eisprung hormonell angeregt, später werden die Embryonen herausgespült, unterm Mikroskop begutachtet und in Behältern mit flüssigem Stickstoff bei minus 196 Grad Celsius zu den Empfängertieren transportiert. Dank solcher Embryonen und jährlich etwa 2,5 Millionen verschickter Portionen Spermia verspricht die niedersächsische Firma Masterrind GmbH ihren Kunden „die Sicherheit maßgeschneiderter Qualität“.⁶

Die extreme Leistungssteigerung hat dazu geführt, dass heute zwei Drittel der Milchkuhe vorzeitig aufgrund von Sterilität, Stoffwechselkrankheiten und Eutererkrankungen geschlachtet werden müssen.⁷ Die Häufigkeit der chronischen (und schmerzhaften) Eutererkrankung bei der Kuh schätzen Tierärzte auf 40 Prozent. Wie mir ein schleswig-holsteinischer Rinderzüchter erklärte, züchten er und seine Kollegen daher derzeit nicht nur auf noch mehr Eiweiß, sondern eben auch „auf gesunde Euter und gute Beine“. Ich fragte nach, was mit „guten Beinen“ gemeint sei. Nun, schließlich komme man immer mehr von der ausschließlichen Anbindehaltung ab, bei der die Kühe einzeln auf ihrer Standfläche fixiert werden und ihr Futter vorgelegt bekommen.⁸ In Lauf- oder Boxenställen dagegen müssen sich die Tiere selbst zum Futterplatz und zum Melken bewegen. „Die Tiere müssen also wieder gehen können“,

formulierte es der Rinderzüchter. So erklärt sich, dass bei einem vierbeinigen Landsäugetier „gute Beine“ zum Zuchtziel werden, damit es die Fähigkeit zur eigenständigen Fortbewegung (zurück-erhält. Und dazu wird Sperma in stickstoffgekühlten Röhrchen verschickt.

Nun könnte man einwenden: Während wir in Europa Bedenken wälzen, ob wir aus Tierschutzgründen weniger Fleisch, Eier und Milch essen sollten, versuchen Menschen in anderen Teilen der Welt erst einmal, sich der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Kalorienmenge von unten zu nähern. Sobald dies gelingt und Einkommen und Lebensstandard steigen, werden auch mehr Milch, Eier und Fleisch konsumiert. So hat sich der weltweite Fleischverbrauch allein in den Entwicklungsländern von 1963 bis 1999 mehr als verdoppelt.⁹ Die Milchproduktion in Schwellenländern in Asien und Lateinamerika hat eine Steigerungsrate von circa 3 Prozent, die der Eierproduktion von 2 Prozent – jährlich.¹⁰ Es handelt sich, könnte man den Eindruck bekommen, um eine Entwicklung analog zur weltweiten Verbreitung des Autos. Die Bewohner der Industrienationen verpesten schon seit Jahrzehnten mit ihren Abgasen die Luft – sollen deswegen Chinesen auf ewig nur Fahrrad fahren? Wollen wir der langen Reihe unserer kolonialistischen Exporte nun auch noch unsere neu entdeckten moralischen Skrupel hinzufügen, denen zufolge der Rest der Menschheit vegetarisch zu leben habe?

Auch hier begegnet uns übrigens die Idee der Natürlichkeit oder Selbstverständlichkeit des Fleischessens (und Verzehrs anderer tierischer Produkte). In vielen Veröffentlichungen wird der Zusammenhang zwischen steigendem Lebensstandard und steigendem Konsum als gleichsam zwangsläufige, sich selbst erklärende Entwicklung dargestellt, kann beispielsweise knapp lauten: „Während die Green Revolution eine konzentrierte politische und wissenschaftliche Antwort auf rasch wachsende Bevölkerungen war, wird die Livestock Revolution, die sich derzeit in den Entwicklungsländern vollzieht, vom Steigen der Einkommen und der weltweiten Mittelklasse vorangetrieben.“¹¹ Das ist einerseits nicht falsch, andererseits aber, wie im Folgenden gezeigt werden soll, nicht die ganze Wahrheit.

Was bezeichnen überhaupt die Wörter „Green Revolution“ und „Livestock Revolution“? Das Erstere meint die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion von Getreide und Feldfrüchten mittels des Einsatzes von Kunstdünger, Pestiziden und neuen Züchtungen von den 1940ern bis Ende der 1970er. Analog dazu heißt Livestock Revolution („livestock“: Englisch für Nutztier) die in den 1980er Jahren einsetzende Technisierung und Effizienzsteigerung bei der Produktion tierischer Nahrungsmittel. Während allerdings inzwischen bekannt ist, dass die Segnungen der Green Revolution auch mit diversen Flüssen wie DDT-Katastrophen und der Quasimonopolisierung des Saatguts erkauft waren, weckt der Begriff der Livestock Revolution noch deutlich weniger (und weniger negative) Assoziationen.

Zu den Ländern, in denen sich diese „Revolution“ vollzieht, zählt Indien, das auch deshalb be-

sonders interessant ist, weil es für seine lange vegetarische Tradition bekannt ist. 20 bis 30 Prozent der Inder leben vegetarisch.¹² Weit verbreitet ist immer noch die Ablehnung von Rindfleisch, dafür wird stärker auf Büffelfleisch zurückgegriffen. Außerdem boomt die Produktion von Eiern und von Hühnerfleisch mit einer Steigerungsrate von jährlich 8 Prozent.¹³ Bisweilen wird Huhn als gute Möglichkeit angepriesen, mit dem der „einfache Mann“ Speiseplan und Einnahmequellen ergänzen könne. Allerdings stellt sich bei einem näheren Blick auf die Produktion des Hühnerfleischs heraus, dass die Produzenten und ersten Nutznießer des gestiegenen Hühnerfleischkonsums mitnichten Kleinbauern sind, die sich ein paar Hühner halten;¹⁴ sondern man trifft in der indischen Hühnerproduktion auf exakt dieselben Global Player mit Intensivtierhaltung, die man schon aus europäischem Rahmen kennt.

Weil die Hühnerzucht und -produktion weltweit auf eine Handvoll Firmen konzentriert ist, sollen hier kurz zwei von ihnen benannt werden. Erinnern wir uns, dass die Hühnerzucht in Legehennen und Masthähnchen (eigentlich: Masthühner beiderlei Geschlechts) unterteilt ist. Zu den weltweit größten Produzenten von Masthähnchen gehört die PHW-Gruppe (nach Paul-Heinz Wesjohann), die unter anderem, aber längst nicht nur die Firma Wiesenhof kontrolliert. Dem Bruder Erich Wesjohann wiederum gehört die EW Group unter anderem mit den Firmen Lohmann (Weltmarktführer für Legehennen) und Aviagen (Genetik in der Geflügelzucht).¹⁵ Beide Unternehmen agieren weltweit und arbeiten dabei, grob gesagt, mit dem Prinzip der Lizenzvergabe und der vertikalen Arbeitsteilung. In vielen, nicht allen Fällen verbleiben die Großelterntiere und deren wertvolles Genmaterial in der Hand der Firma selbst, die dann Bruteier an Fremdfirmen liefert;¹⁶ diese Firmen lassen die nächste Generation ausbrüten, geben sie eventuell weiter zu Aufzucht und Mast; für die Schlachtung gehen die Tiere manchmal an die erste Firma zurück. Es handelt sich um ein flexibles, überall einsetzbares System, mit dessen Hilfe viele Risiken und ein Großteil des Preisdrucks an andere Firmen weitergegeben werden können. Die Gewinnmargen für die anderen beteiligten Firmen sind äußerst knapp kalkuliert.¹⁷

Eine solche Fremdfirma, die mit beiden Wesjohann-Unternehmensgruppen (also sowohl in der Eier- als auch der Hühnerproduktion) kooperiert, ist Suguna Poultry, die 1984 von zwei indischen Unternehmern gegründet wurde. Deren Website leuchtet in wunderschönen warmen Farben, die Slogans stehen dem nicht nach. „We dream for a healthier, happier India“, heißt es, und man verfolge „a vision to energise rural India“. Das passt gleichermaßen gut zur erklärten Firmenphilosophie der EW-Group („think globally, act locally“) wie zur Überzeugung von Paul-Heinz Wesjohann: „Ich bleibe dabei: Die moderne Geflügelzucht ist eine große soziale Tat.“¹⁸

Von der einen Unternehmensgruppe bezieht Suguna Poultry die Masthühner, von der anderen die Legehennen. So wurde Suguna Poultry die „unangefochtene Nummer eins im indischen Geflügelgeschäft“; vor zwölf Jahren machte die Firma

Inka Lindergård und Niklas Holmström, *Watching Humans Watching V*, 2008, 40 x 51 cm

29 Millionen Euro Umsatz, heute sind es 570 Millionen.¹⁹ Ein Netz von 15000 Bauern arbeitet für die Firma, und es werden mehr angeworben. Zu den Hähnchenställen gesellen sich Zuchtanlagen, Brutereien, Laboratorien und Futtermöhlen. Derzeit produziert Suguna Poultry wöchentlich 750000 Masthähnchen vom Typ Ross 308²⁰ – ein Huhn, dessen „Bedienungsanleitung“ 100 Seiten umfasst;²¹ als Legehähne wird Lohmann LSSLITE eingesetzt, „ein Huhn mit spezieller Genetik für den indischen Markt“. Bei diesen Hightech-Hühnern ist alles genauestens aufeinander abgestimmt: Wie sie gehalten werden, welches Futter sie benötigen, wie sie (gerade in wärmeren und feuchteren Gefilden) motiviert werden können, genug Wasser aufzunehmen, denn: „Ein Huhn, das nicht trinkt, nimmt auch kein Futter auf.“²² Nimmt es aber weniger Futter auf als in den Unternehmenslaboren berechnet und in der Anleitung angegeben, produziert es weniger als erhofft und kostet eventuell sogar mehr, als es liefert.²³ Das Huhn entpuppt sich also als eine Art Danaergeschenk wie jene Puppe, die Michael Endes Figur „Momo“ geschenkt bekommt; erst nach und nach versteht Momo, dass diese Puppe auch nach bestimmten Kleidern, Spielzeug und einem Gefährten verlangt. Im Falle der Hühner (die allerdings von vornherein bezahlt werden müssen) kommen also Futter, Käfig, auch spezielle Impfungen hinzu. Sie sorgen dafür, dass ein Bauer, der direkt oder über Suguna Poultry einen „exklusiven Distributorenvertrag“²⁵ mit den niedersächsischen Unternehmen abgeschlossen hat, nicht ohne das restliche Paket auskommen wird.

So entstehen – nicht nur beim Huhn, sondern auch bei anderen modernen Hochleistungstieren – überall neue Absatzmärkte für weitere europäische Firmen. Futtermittel und Impfstoffe wurden schon erwähnt. Haltungssysteme (darunter auch die in der EU verbotene herkömmliche Hühner-Käfighaltung) liefert weltweit die in Vechta angesiedelte Firma Big Dutchman, die ein Patent zur automatischen Fütterung von Legehennen besitzt. Und auch die Milchkühe, deren Sperma wie oben beschrieben weltweit versandt wird, funktionieren in der Ferne wie Momos Puppe. Die Firma Siemens installiert dann die Technik der indischen Großmolkerei Vadushara Dairy; eine schwedische Firma beteiligt sich an der ersten Milchfarm in Kambodscha; eine spanische Firma liefert weltweit die Apparaturen für die Klauenpflege von Kühen. Damit die später gewonnenen Produkte überhaupt erst transportiert werden können, müssen in den betreffenden Ländern Verpackungsmöglichkeiten, Transportsysteme und Kühlketten aufgebaut werden. Also investieren deutsche und andere Firmen in Lkws und Kühlsysteme; überall sind im Rahmen der Green Revolution Know-how und Geld aus Europa und Nordamerika gefragt.

Doch was heißt eigentlich, dass etwas „gefragt“ sei? Wer bittet hier wen um Kooperation, und ist es nicht vielmehr oft so, dass Geld und Technologien in andere Märkte „eindringen“, sie „erobern“ oder gar erst generieren? Wiederum ist Indiens Beispiel aufschlussreich, weil es daran erinnert, dass mit dem Produkt totes, tiefgefrorenes

Huhn allein nicht viel anzufangen wäre. Traditionell wurden Hühner in Indien lebend auf dem Markt gekauft und in der Nachbarschaft geschlachtet, was aus hygienischen Gründen auch gar nicht anders möglich war. Heute muss ein geschlachtetes Tier frisch gehalten und zu potenziellen Endabnehmern transportiert werden. Schließlich braucht es auch neue Arten der Verwertung, sprich Restaurants, Gewohnheiten und Rezepte. Nicht zufällig bietet Suguna Poultry auch Fertiggerichte an.

Nur das ärmste Fünftel der Weltbevölkerung, dem täglich 1 Dollar oder weniger für Nahrung zur Verfügung steht, wird auch dieses Angebot wohl nicht erreichen. So überlegt die zur EW Group gehörende Firma Aviagen: „Die Vermarktung von Hähnchenfleisch an diese Menschen ist aus offensichtlichen Gründen schwierig. Die einzige Gelegenheit, diesem Fünftel Chicks nahe zu bringen, ist durch den Verkauf von Hähnchenfleisch an Organisationen, die Nahrungsmittelhilfe vergeben.“²⁶ Es ist hier leider nicht der Platz, Milchpulverlieferungen in die Dritte Welt und ähnliche Phänomene zu diskutieren. Nur so viel sei gesagt: Zumindest auf dem Milchmarkt hat die Firma Danone einen direkten Weg zu den Portemonnaies der Ärmsten gefunden. An Niedrigverdiener in Indonesien hat die Firma erstmals 2004 Joghurt in 70-Gramm-Fläschchen für umgerechnet 10 Cent verkauft und 2009 in Senegal speziell für die unterste Einkommensgruppe den Trinkjoghurt Dolima (Wolof für: „Gib mir mehr“) kreiert.²⁷

Danone Trinkjoghurt für Senegal

Zugegeben: Aus hinreichender Distanz betrachtet ist alles trivial, was über solche Mechanismen der Weltwirtschaft gesagt werden kann. Selbstverständlich suchen europäische Investoren internationale Absatzmärkte. Selbstverständlich generieren sie diese Märkte selbst mit. Europäische Regierungen stehen ihnen dabei zur Seite. Doch dies ist eben nicht dasselbe „Selbstverständlich“, mit dem man zunächst unbefangen nicken wird, wenn man hört, dass steigender Wohlstand weltweit auch mehr Bedarf an Fleisch, Eiern und Milch generiert. Kein Senegalese muss Danone-Joghurt trinken; kein indischer Städter braucht ausge-rechnet Sugunas Home Bites' Spaghetti Bolognese vom Huhn.

Japans Bewohner – die sich zum Bedauern der europäischen Milchindustrie weigern, ihren Trinkmilchkonsum weiter zu steigern – kämen notfalls auch ohne die Pizzerien und Schnellrestaurants aus, die europäischen Produzenten immerhin weitere Absätze für Käse und Schmelzkäse garantieren.²⁸ Solcher Bedarf erwächst nicht gleichsam organisch aus dem Wohlstand, sondern er wird aus einer Kombination von „harten“ Mitteln von Kapital und Politik sowie „weicheren“ kulturellen Prozessen generiert: von Investitionen, Technologietransfer, Exportsubventionen, Freihandelsabkommen; von Ernährungsberatung, Internet, Reisen und Bildern vom westlichen Lebensstil.

Nun lässt sich auch aus umwelt- und entwicklungspolitischen Perspektiven vieles gegen die Livestock Revolution einwenden, doch in diesem Text sollen einmal nicht die Folgen für den Menschen, sondern die für das Tier im Vordergrund stehen. Ein Fehlschluss muss dabei vermieden werden: Auch die traditionelle Tierhaltung war und ist für Tiere keine Erquickung. Weder leben die Kühe auf Indiens Straßen „glücklich“, noch das Huhn, das auf einem afrikanischen Fahrrad-gepäckträger transportiert wird. Allerdings kommt der Frankenstein-Industrie – und dem dahinterstehenden Verbund aus ökonomischen Interessen und wissenschaftlichen Kompetenzen – das zweifelhafte Verdienst zu, das Grauen sowohl quantitativ wie qualitativ um ein Vielfaches gesteigert zu haben. Quantitativ, weil ohne die moderne Effizienzsteigerung ein solch hohes Niveau des Konsums von Fleisch, Milch und Eiern gar nicht zu erreichen wäre; und qualitativ, da wie oben beschrieben wirklich jede einzelne Lebensphase der involvierten Tiere zu einer Qual eigener Art umgewandelt wurde.

Nicht erst die Schlachtung, nicht erst der Transport sind qualvoll (die Dauer beider wird übrigens in den industriellen Prozessen zumeist wesentlich verlängert). Sondern auch die Reproduktion, der (meist vorenthaltene) Umgang mit dem Nachwuchs, ja sogar die Nahrungsaufnahme (die zwar dem wirtschaftlichen Ergebnis, nicht aber den subjektiven Bedürfnissen der Tiere entspricht); das Stehen und Liegen, das Bewegen – falls überhaupt möglich. Haben frühere Philosophen das Tier noch durch die unspektakuläre Freude charakterisiert gesehen, der Bedürfniserfüllung zu fröhnen und im eigenen Körper „zu Hause“ zu sein, hat die Intensivtierhaltung den Tieren das meiste dieses schlichten Soseins und Wohlfühls nicht erst mit den Haltungsformen, sondern oft bereits mit der Züchtung genommen.

Vermutlich kann man es dem Kulturwesen Mensch nicht verdenken, dass es versucht ist, die widerspenstigen Elemente der Körperhaftigkeit auch anderer Spezies einem gewissen Schöpfungseifer zu unterwerfen. Das allein müsste nicht gleich katastrophal sein. Im Falle der weltweit operierenden Frankenstein-Industrie allerdings lassen sich die vielen Qualen und Grausamkeiten, die restlose Ausbeutung des Tiers für jeden ethisch nicht weiter qualifizierten Konsum und schließlich auch die Entfremdung des Menschen von anderen Spezies nicht schönreden. Hier hat der Mensch seine Intelligenz, seine Erfindungsgabe und besonders seine Fähigkeit, die Prinzipien des Lebens zu erforschen und zu variieren, denkbar schlecht genutzt.

¹ Weltweit werden jährlich circa 56 Milliarden Tiere verzehrt (vermutlich sind, wie bei den meisten Schätzungen dieser Art, nur Landwirbeltiere berücksichtigt). 67 Prozent des Geflügelfleisches, 50 Prozent der Eier und 42 Prozent des Schweinefleisches weltweit stammen aus der Massentierhaltung. Livestock's Longs Shadow, FAO 2007.

² Siehe die Beiträge von Bernhard Hörning und Lars Schrader bei der Veranstaltung „Wenn die Zucht zur Qual wird“, am 23. Mai 2011: www.gruene-bundestag.de/cms/tierschutz/dok/384/384370.wenn_die_zucht_zur_qual_wird.html.

³ Bernhard Hörning, „Auswirkungen der Zucht auf das Verhalten von Nutztieren“, Kassel (University Press) 2008.

⁴ Michael Erhard, siehe Anmerkung 2.

⁵ Auf seiner Firmenwebsite stellt Weltmarktführer Lohmann Tierzucht die Produktpalette vor: www.ltz.de/produkte.

⁶ www.masterrind.com.

⁷ Bernhard Hörning (Hochschule Eberswalde) in „Wenn die Zucht zur Qual wird“, siehe Anmerkung 2.

⁸ Laut Informationen des Deutschen Tierschutzbundes werden bislang noch über ein Drittel aller Kühe in Anbindehaltung gehalten. www.tierschutzbund.de/milchkuehe.html. Auch wenn Anbindehaltung ein klarer Fall von nicht artgerechter Haltung ist, heißt das noch nicht, dass Boxenställe dem Bewegungsdrang des Tiers gerecht werden.

⁹ Weltagrarbericht der Zukunftsstiftung Landwirtschaft e.V. www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichtes/fleisch.html und Christopher Delgado, „Rising Consumption of Meat and Milk in Developing Countries Has Created a New Food Revolution“, *Journal of Nutrition*, Nr. 133, November 2003, S. 3907S–3910S.

¹⁰ *Elite*. Magazin für Milcherzeuger. 22. Juni 2011: www.elite-magazin.de/news/Milch-sprudelt-weltweit-ausser-in-der-EU-498741.html und *Agrarmärkte*, Jahressheft 2007, Teilauszug „Eier und Schlachtgeflügel“ aus der Schriftenreihe der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft: www.lfl.bayern.de/iem/agrarmarktpolitik/29337/linkurl_0_5_0_0.pdf.

¹¹ „Livestock Production and the global environment: Consume less or produce better?“, Henning Steinfeld und Pierre Gerber in *Proceedings of the national Academy of Sciences in The United States*, 8. Oktober 2010.

¹² Siehe die diversen im englischen Wikipedia angegebenen Studien: en.wikipedia.org/wiki/Vegetarianism_by_country#India.

¹³ Laut Ministry of Food Processing Industries, Bericht 2007–2008. Siehe auch: Economic Research Service/USDA, „India's Poultry Sector: Development and Prospects“, WRS-04-03. Laut dem Informationsdienst Maier + Vidorno GmbH (mv-group.com) 2008 hat der Verzehr von Geflügelfleisch einen Anteil von 50 Prozent am jährlich um 11 Prozent wachsenden Fleischkonsum.

¹⁴ Insbesondere die „einfache Frau“ übrigens gerät dabei oft ins Hintertreffen, siehe *Info Resources Focus*, 1/2007: „The Livestock Revolution: An Opportunity for Poor Farmers?“

¹⁵ Firmenrechtlich: PHW-Gruppe Lohmann & Co. AG und EW Group GmbH.

¹⁶ Heutige Hühnerhybriden sind so gezüchtet, dass sich die gewünschten Eigenschaften in der nächsten Generation verlieren. Die Firmen besitzen also ein „eingebautes biologisches Patent“, Francisco Mari und Rudolf Buntzel, „Das globale Huhn. Hühnerbrust und Chicken Wings – Wer isst den Rest?“, Frankfurt am Main (Brandes & Apsel) 2007.

¹⁷ Und zwar zwischen 0,134 und 0,25 Euro pro Tier laut Francisco Mari und Rudolf Buntzel, siehe Anmerkung 16.

¹⁸ *Welt am Sonntag*, 22. März 2009.

¹⁹ *Lohmann Poultry News*, 3/2010.

²⁰ www.sugunapoultry.com/farmers/parent_stock/breed.asp.

²¹ Mari/Buntzel, siehe Anmerkung 16.

²² *Lohmann Poultry News*, 3/2010.

²³ Besonders unbeeinflussbare Faktoren wie Klima, Dürre und dadurch bedingte Futterknappheiten können zur Gefahr werden, *Info Resources Focus*, 1/2007

²⁴ *Lohmann Poultry News*, 3/2010.

²⁵ Aus einer Firmenveröffentlichung, zitiert nach Mari/Buntzel, siehe Anmerkung 16, S. 86.

²⁶ „2009 machte [Danone] 42 Prozent seines Umsatzes in Indien, Indonesien oder afrikanischen Ländern. Vor zehn Jahren waren es noch 6 Prozent.“ *Financial Times Deutschland*, 2. Juli 2010.

²⁷ www.meine-milch.de/artikel/deutscher-milchmarkt-import-und-exportstrukturen; Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: „Chancen und Herausforderungen für den deutschen Milchmarkt“, 2008.

Hilal Sezgin ist Schriftstellerin und Journalistin sowie Autorin von „Landleben. Von einer, die rauszog“, Köln (DuMont) 2011. © Le Monde diplomatique, Berlin

Der Mensch im Kapitalismus

von Lucien Sève

Der Planet Erde, unser natürlicher Lebensraum, befindet sich in einem alarmierenden Zustand. Das ist uns bewusst, und inzwischen hat längst jede politische Organisation die ökologische Frage in ihren Diskurs aufgenommen. Der Planet Mensch, unsere menschliche Gattung, befindet sich in einem ebenso alarmierenden Zustand. Aber das ist uns nicht in dem Ausmaß bewusst, wie es angebracht wäre, und es gibt keine einzige politische Organisation, die die anthropologische Frage mit der gleichen Dringlichkeit anspricht wie die ökologische. Warum?

Auf die ökologische Frage wissen auch eher unpolitische Bürger zu antworten: dass die durch Treibhausgase ausgelöste Klimaerwärmung zu immer mehr Katastrophen führt, dass Boden-, Luft- und Wasserverschmutzung vielerorts die Grenze des Erträglichen überschreiten, dass unsere Produktions- und Lebensweise angesichts der zur Neige gehenden Ressourcen zum Untergang verdammt ist, dass die Atomenergie unabsehbare Risiken birgt. Manch einer wird vielleicht auf das Artensterben hinweisen und zu dem Schluss kommen, dass der ökologische Raubbau seitens der reichen Länder unbedingt gestoppt werden muss.

Woran liegt es, dass dies auch unpolitischen Bürgern bewusst ist? An den Medien, die regelmäßig über Umweltprobleme berichten. An eigenen Erfahrungen, die diese Berichte immer wieder bestätigen, vom Wetter bis hin zu den Benzinpreisen. An Wissenschaft und Politik, die dieses partielle Wissen in globale Visionen und politische Programme umsetzen.

Wenn wir denselben Bürgern nun die anthropologische Frage stellen, werden sie vermutlich nur Bahnhof verstehen. Wir können auch deutlicher werden: Glauben Sie, dass es der Menschheit genauso schlecht geht wie unserem Planeten? Dass die menschliche Gattung in ihrer zivilisierten Erscheinungsform bedroht ist? So sehr, dass die Rettung der Menschheit (im emphatischen Sinn des Wortes) ebenso dringend geboten ist wie die Rettung der Natur?

Viele werden sich verwundert die Augen reiben und die Frage irgendwie übertrieben finden. Natürlich berührt sie alle möglichen vorhandenen Sorgen und Ängste – bezüglich der Beständigkeit der Lebensverhältnisse, der um sich greifenden Ellenbogenmentalität, des Niedergangs der öffentlichen Moral. Aber dass deshalb die Menschheit in einer ähnlichen Gefahr schwebt wie unser Planet, scheint doch etwas abwegig.

Wir fragen weiter: Sind wir nicht in vielerlei Hinsicht auf dem Weg zu einer Welt, die für uns kaum noch bewohnbar ist? Wird nicht die alte Maxime „Der Mensch ist des Menschen Wolf“ zum Gesetz auf allzu vielen Gebieten, mit womöglich verheerenden Folgen?

Überdeutlich wird das am Beispiel der Arbeit: Hochwertige Arbeit abzuliefern, die auch noch Befriedigung verschafft, wird immer schwieriger; die Lohnabhängigen stehen einerseits unter dem Druck, Verantwortung zu übernehmen, während gleichzeitig Verantwortlichkeit verhindert wird; auch unter Kollegen herrscht Konkurrenzdruck; gewerkschaftliche Organisation wird gezielt unterbunden; es kommt vor allem auf die Fähigkeit an, „sich gut zu verkaufen“; Angst wird zur Methode der Unternehmensführung – all das führt im Extremfall zu den in Frankreich inzwischen immer häufigeren Selbstmorden am Arbeitsplatz. Hier regiert das Diktat der zweistelligen Renditen, die pausenlose Belohnung der Gier von Aktionären, die Inflation der Skrupellosigkeit bis hin zu kriminellen Verhalten von Arbeitgebern – kurz: der neoliberale Wahn, das bösartige Endstadium des Kapitalismus.

Das ist doch alles nichts Neues, wird man sagen, seltsam ist nur die Bezeichnung „anthropologische Frage“. Schließlich werde doch jede beunruhigende soziale Entwicklung von derlei Warnungen, Untersuchungen und Initiativen begleitet. Und wir werden doch von guten Filmen darauf aufmerksam gemacht, von Psychologen darüber aufgeklärt und von allen Seiten dazu aufgefordert, enthumanisierende Führungsmethoden abzulehnen. Das Bewusstsein von den verheerenden Auswirkungen des alles beherrschenden globalisierten Systems entwickelt sich doch weltweit.

Die Linken rufen zur Überwindung des Kapitalismus auf, damit die menschliche Emanzipation weiter vorankommt. Die Grünen verbinden die ökologische Frage mit gesellschaftlichen Zielen im Geiste von Demokratie und Solidarität. Wirtschaftswissenschaftler entwickeln neue Indikatoren, um bei der Beurteilung der Wirtschaftsleistung nicht länger nur auf das veraltete Bruttoinlandsprodukt zu schielen, sondern auch die Kehrseite des Produktivismus einzubeziehen. Überall regen sich soziale Bewegungen. Wird nicht die anthropologische Frage, wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will, längst wahrgenommen und umfassend gestellt?

Nein, wird sie nicht, noch lange nicht. Wer das glaubt, täuscht sich gewaltig. Es verhält sich hier wie mit der Ökologie: Diese zivilisatorischen Fragen betreffen zwar die Politik, gehen aber über sie hinaus, weil es sich dabei um ethische Fragen handelt. Darüber nachzudenken, wohin die menschliche Gattung unterwegs ist, bedeutet noch nicht, den alten Gegensatz von links und rechts abzutun; er muss aber auf die Richtung unserer künftigen Zivilisation bezogen werden. Dazu sind die abgenutzten und wertlos gewordenen Worte „die Rechte“ und „die Linke“ nicht mehr imstande.



Inka Lindergård und Niklas Holmström, Watching Humans Watching I, 2008, 40 x 51 cm

Was für eine Menschheit wollen wir sein? Das ist die große anthropologische Frage. Weil zum Beispiel bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sofern sie nicht zerstörerisch sein soll, das übergeordnete Interesse für die produzierenden Personen nicht aus dem Blick geraten darf, kommen wir gar nicht umhin, das Anthropologische mitzudenken. Wie das Ökologische muss auch das Anthropologische ein wirkliches Wissen sein, als Grundlage für die Anleitung zum richtigen Handeln.

Es fängt schon mit diesem mystifizierenden Begriff an: „der Mensch“. Ein einziges Wort zur Bezeichnung von ganz unterschiedlichen Realitäten: Da ist die biologische Spezies Homo sapiens; die Menschheit, die sich historisch entwickelt hat; die menschliche Gemeinschaft; das menschliche Individuum. Das alles ist, ganz pauschal, „der Mensch“. Würde sich irgendein anderes Wissensgebiet mit einer derart primitiven Begrifflichkeit zufriedengeben? Doch dieses verbale Durcheinander wird durch einen nahezu universellen Gebrauch legitimiert, von Nietzsche bis Heidegger. Der einzige moderne Denker, der diese schlechte Abstraktion radikal infrage stellte, war – was für ein Zufall – Karl Marx.

Die Vermarktung alles Menschlichen ist eine Fehlentwicklung der Zivilisation

Die anthropologische Frage, obwohl ebenso dringlich wie die ökologische, wird viel zu selten gestellt, zu wenig bedacht, oft nicht einmal benannt. Wer den Ernst der Lage beschreiben will, muss zunächst die notwendigen Voraussetzungen schaffen: die wesentlichen Themen, die dem Nachdenken über die bedrohte Menschheit zugrunde liegen, zumindest zu skizzieren wagen und zu strukturieren versuchen. Das Folgende entspringt einem solchen Versuch, den ich vor drei Jahren in Angriff genommen habe.¹

Die auffälligste Fehlentwicklung der Zivilisation ist die Vermarktung alles Menschlichen. Der Kapitalismus begründete die universelle Warenherrschaft, die den Verkauf von Arbeit als Quelle des privaten Profits bevorzugt. Indem er die menschliche Arbeitskraft selbst zur Ware macht, verdinglicht er mit den Sachen auch die Personen: Seine Majestät, das Kapital, „gibt Arbeit an die Arbeitskräfte“, so die Sichtweise. In Wirklichkeit sind es die Lohnabhängigen, die den Kapitalisten ihre Arbeit notgedrungen zur Verfügung stellen.

Das Neue aber und zunehmend Verheerende ist, dass nichts Menschliches mehr der Logik der Finanzmärkte entzogen bleibt: Alles muss möglichst hohe Profite abwerfen, vom Ersatzteil zum Krankenhausbett, vom E-Commerce zum Nachhilfeunterricht, vom neuen Medikament zum Transfer von Fußballspielern. Das führt aufseiten der Manager zu Verhaltensweisen, die bis zum brutalen Exzess gehen. Wir erleben eine Verschmutzung der Arbeit, die nicht weniger schlimm ist als die der Gewässer.

Außerdem führt es zu einer umfassenden Kommerzialisierung von Dienstleistungen, die dazu da sind, Menschen auszubilden und in ihrer Entwicklung zu unterstützen: Gesundheit, Sport, Bildung, Forschung, Kunst und Kultur, Freizeit, Information, Kommunikation. Der Aufschwung dieser Dienstleistungen zeugt von der Entwicklung zu einer Welt, deren entscheidender Reichtum der Mensch ist. Auf sie stürzt sich der Kapitalismus, um auch sie seiner Logik zu unterwerfen. Alle Ziele, denen diese Aktivitäten dienen, werden tendenziell durch die Gesetze des Kohlemachens abgelöst. So wird aus dem großartigen Medium von Kultur und Solidarität, das das Fernsehen sein könnte, durch den Werbemarkt ein primitives Vehikel zum Verkauf von Zugriffszeit auf verfügbare

Gehirne. Die Bildung wird Profitraten unterworfen – kann man ein solches Verbrechen dulden?

Mit dem Kommerzialisierungseifer geht eine fatale Entwertung aller Werte einher. Von Kant kommt das moralische Prinzip: Dem Menschen eine Würde zuzuerkennen heißt, dass er „keinen Preis“ hat. Alles in Geld zu bewerten, führt also zu allgemeiner Entwürdigung. Das gilt sowohl auf kognitivem wie auf ästhetischem, rechtlichem oder moralischem Gebiet – ohne Werte, die „an und für sich und uneingeschränkt“ gelten, kann es keine zivilisierte Menschheit geben. Wir erleben heute tagtäglich, wie das Bedürfnis nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Würde ins Lächerliche gezogen wird, wie die Diktatur der Rentabilität auf die allmähliche Vernichtung des Unschätzbaren, Nutzlosen, Unentgeltlichen hinarbeitet. Wir stehen an der tragischen Schwelle zu einer Welt, in der der Mensch nichts mehr wert ist.² Das drückt sich im „Schicksal“ derer aus, die arbeitslos, obdachlos, heimatlos oder perspektivlos sind. Aimé Césaire hat in diesem Zusammenhang von der „Fabrikation von Wegwerfmenschen“ gesprochen.

Dabei werden diejenigen fett, die alles zu Geld machen – unvorstellbar hohe Gehälter, goldener Handschlag –, aber es läuft auch bei ihnen auf dasselbe hinaus: den Verfall aller Wertmaßstäbe. Der einzige „Wert“, der sich zum Maß aller anderen macht, ist nur noch selbstbezüglich und ohne jeden eigenen Wert. Der Finanzsektor hört nicht auf, sich mit virtuellen Nullen aufzublähen, die milliardenweise verschwinden, sobald die Blase platzt. Zurück bleibt die harte Wirklichkeit für die Produzenten des Realen. Ist diese Auflösung der Werte weniger schlimm als das Abschmelzen der Pole? Unsere Menschlichkeit selbst steht auf dem Spiel – ist uns das in vollen Ausmaß bewusst?

Hinzu kommt als dritte und schlimmste Abwärtsentwicklung der unkontrollierbare Sinnverlust. Das ist neu, denn lange hatte der Kapitalismus einen Sinn: Bei aller Ausbeutung hat er die Menschheit doch vorangebracht. Doch mit der Selbstzweckhaftigkeit des Finanzsystems, der gänzlich enthumanisierten Form von Reichtum, treten wir in die Ära umfassender Sinnlosigkeit ein. Das Kapital akkumuliert sich zunehmend ohne Ziel und Zweck. Wir erleben den historischen Bankrott einer Klasse, die inzwischen alles an sich reißt und behauptet, wir seien zu diesem „Ende der Geschichte“ verurteilt. Die hemmungslose Kurzfristigkeit der Investitionsrenditen erstickt jeglichen Sinn – und damit auch jedes menschliche Unterfangen.

Die finanzgetriebene Globalisierung wird zum konvulsischen Durchbruch einer „Un-Welt“, in der das Absurde zusammen mit seinem Geistesverwandten, dem religiösen Fanatismus, alles mehr und mehr durchdringt. Die gewaltigen Kräfte, denen die Entwicklung der Menschheit gegenwärtig ausgesetzt ist, machen einen klaren Blick auf die Zukunft unerlässlich. Sonst droht der Untergang. Unsere materiellen und geistigen Erzeugnisse werden zu einer blinden, ja vernichtenden Gewalt, wenn wir sie nicht gemeinsam beherrschen können. Und genau das wird durch den Privatisierungswahn und den damit einhergehenden Demokratieverlust verhindert. Daher rührt das weit verbreitete Gefühl, führerlos zu sein und gegen die Wand zu fahren – gegen die ökologische wie gegen die anthropologische Wand. Die Wand kommt immer näher, aber wir fahren immer schneller. Hört eigentlich jemand die Warnrufe?

Die Kommerzialisierung des Menschlichen, die Entwertung der Werte, der Sinnverlust: was da stattfindet ist, wagen wir diesen Begriff, eine Entzivilisierung. Das heißt nicht, dass wir die letzten zwei Jahrhunderte mit ihren Schrecken und Völkermorden verharmlösen sollten. Doch statt der friedlichen Demokratie, deren Zeit mit dem totalen Sieg des „freien Unternehmertums“ angeblich

ANZEIGE

Unvollständige Revolution in Arabien

INTIFADA
Zeitschrift für den antilageralistischen Widerstand

Der lange Weg zum Volk · Beschließen in der Mäher der Dämonen · Die Satiriker im revolutionären Ägypten

11. Jahrgang · 1. Ausgabe · Herbst/Winter 2011
www.intifada.at

Bestellungen, Abo:
www.intifada.at/abobestellung

gekommen war, erleben wir eine Ausweitung der Diktatur, zu deren schlimmsten Mitteln die Ausübung „sanfter“ Gewalt gehört.

Überall lässt sich „die Barbarei der globalisierten Un-Welt“³ beobachten: ethnische Säuberungen, bewaffnete Ausplünderung armer Länder, Terrorismus, Folter als offiziell anerkannte Methode. Hinzu kommen die verschiedenen Formen von „sauberer“ Gewalt: wirtschaftlicher Verdrängungswettbewerb, Massenentlassungen für kurzfristige Börsengewinne, ausgefeilte Überwachungsmethoden in Betrieben und im öffentlichen Raum der Städte. Zur „sauberer“ Gewalt gehört auch symbolische Gewalt: die missbrauchte Gutgläubigkeit, die schleichende Ausbreitung der Angst vor dem anderen, die Auszehrung der zivilen Tugenden durch den Zynismus.

Das gänzliche Verschwinden des Klassenbewusstseins hat katastrophale Folgen. Viele Frauen und Männer haben keine Vorstellung mehr davon, wie unsere Welt funktioniert, wo sie selbst stehen. Vergessen wir nicht, dass der Nationalsozialismus Fuß fassen konnte, indem er an die Stelle marxistischen Klassendenkens die Ideologie der Klassenlosigkeit setzte: ein Volk, ein Reich, ein Führer.

Zu den genannten Grundzügen kommt ein weiterer hinzu, der die Gefahr potenziert: das systematische Verteufeln von Alternativen. Das geschieht zum einen spontan und zum anderen bewusst, denn die profitierende Klasse hat in der Vergangenheit revolutionäre Stürme erlebt und tut alles, um diese Gefahr für immer zu bannen – man muss sich nur ansehen, wie Medien die „linke Linke“ behandeln.

Für Marx wächst die proletarische Masse gleichzeitig mit dem Kapital, das seine eigenen Totengräber hervorbringt. Dieser historische Optimismus ist heute fehl am Platz: Die Revolutionierung der Produktion hat die Lohnabhängigen atomisiert, die quasireligiöse Unangreifbarkeit finanzieller Entscheidungen entwertet sie, deren Unausweichlichkeit demoralisiert sie. Der starke Wunsch, das alles zu verändern, führt am Ende zu nichts. Die allgegenwärtige Ohnmacht und die Lügen der institutionellen Politik nähren vor allem die Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit der Wähler.

So wächst mit dem Rentabilitätswahn der Glaube an die Unausweichlichkeit des Schlimmsten. Das System, das den Leitbegriff „Freiheit“ vor sich herträgt, folgt der Tina-Devise von Margaret

auf die Tyrannei der Profitrate, auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortungslosigkeit statt auf Klasseninteressen. Es kann also eher auf eine Reform des Konsums hinwirken als auf eine Revolution der Produktionsverhältnisse.

Eine derart eingeschränkte Ökologie ist für die multinationalen Konzerne keine Gefahr. Sie können damit sogar Geschäfte und Firmenpolitik machen: grünes Denken als Wirtschaftsfaktor. In Wirklichkeit hängt das ökologische Drama wie das anthropologische am fatalen Prinzip der kurzfristigen Profitmaximierung. Beide Fragen, die ökologische und die anthropologische, sind nicht voneinander zu trennen – man kann die Umwelt nicht ohne die Menschheit retten und die Menschheit nicht ohne die Umwelt. Eine Ökologie, die nicht das Profitsystem bekämpft, hat keine Zukunft.

So gesehen erscheint die Lage der Menschheit äußerst düster. Ist die Sichtweise nicht doch etwas einseitig? Man muss auch die objektiven Voraussetzungen und subjektiven Ansätze zur unumgänglichen Überwindung des Kapitalismus sehen.⁴ Vieles sieht so aus, als wäre es nicht zu ändern; wir dürfen dem nicht nachgeben. Wir können damit beginnen, die Tendenz umzukehren. Aber nur dann mit Erfolg, wenn wir eine Vorstellung davon entwickeln, wie groß die Aufgabe ist. Sie verlangt, sich der anthropologischen Frage in ihrem vollen Umfang zu stellen, sie also in gleicher Weise wie die ökologische erst einmal zur Frage zu machen.

Von den Empörten in Europa zu den amerikanischen Bürgern, die ihre Wut auf die Wall Street artikulieren: Man kann sehen, wie moralisch aufgeladen die Empörung dieser Tage ist. Etwas Tiefgehendes bewegt sich in der Politik. Sagen wir es mit Jean Jaurès:⁵ Die kleine Empörung entfernt sich von der Politik, die große führt zu ihr zurück. Oder führt vielmehr zu einem politischen Handeln ganz neuer Art: nicht zu einer Revolution alten Stils mit ihren zum Scheitern verurteilten Veränderungen von oben, sondern zu einem Engagement auf allen Ebenen in der gemeinsamen Aneignung gegen neue Formen von Organisation und Aktion. Dies ist die Stunde der Innovation. So lässt sich die Abwendung des Unabänderlichen in Angriff nehmen. Indem sich das realistischste Bewusstsein dessen, was möglich ist, mit der anspruchsvollsten Vision dessen verbindet, was nötig ist. Was jetzt beginnen muss, ist nichts weniger als die Rettung der Menschheit. Karl Marx schrieb im Mai 1843 an Arnold Ruge: „Sie werden nicht sagen, ich hielte die

Occupy Wall Street

Die weltweite Krise des Kapitalismus der letzten Jahre hat in vielen Ländern – ob arm oder reich – zu Protesten, Aufruhr und sogar Umstürzen geführt. Die Form der politischen Auseinandersetzung hing dabei von einer Reihe von Faktoren ab, vor allem von den konkreten Auswirkungen der Krise an der gesellschaftlichen Basis. In den USA beispielsweise führten die massiven Haushaltskürzungen und der Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte der Angestellten im öffentlichen Dienst Anfang dieses Jahres zu massiven Protesten in verschiedenen Bundesstaaten; vor allem in Wisconsin, wo hunderte tausende Demonstranten auf die Straße gingen und sogar das Parlamentsgebäude in Madison besetzten.

Eine noch bedeutendere und radikalere Bewegung ist Occupy Wall Street (OWS). Sie entstand vergangenen September mit der Besetzung des kleinen Zuccotti-Parks im Finanzviertel von Manhattan und hat sich seitdem auf hunderte größerer und kleinerer Städte ausgedehnt. Anders als die Proteste in Wisconsin ist OWS keine Reaktion auf ein einzelnes Gesetzesvorhaben, auf Budgetkürzungen oder eine andere konkrete Bedrohung durch staatliches Handeln. Stattdessen artikuliert sie einen umfassenden, zornigen und durchaus überzeugenden Einspruch gegen die Macht der Großunternehmen in ihrer wirtschaftlichen und politischen Form. Die Bewegung behauptet, „99 Prozent der Bevölkerung“ zu vertreten, und ist mit ihrer Anklage ganz offensichtlich bei sehr vielen Menschen auf offene Ohren gestoßen.

In ihrer „Erklärung der Besetzung von New York City“ machten die OWS-Aktivistinnen die ebenso demokratische wie internationalistische Perspektive ihrer Kritik am Verhalten der großen Privatunternehmen deutlich: „Wir schreiben, damit alle Menschen, die sich von der Macht des globalen Kapitals ungerecht behandelt fühlen, wissen: Wir sind eure Verbündeten. Als ein geeintes Volk erkennen wir die Realitäten an: Dass die Zukunft der menschlichen Gattung von der Zusammenarbeit ihrer Angehörigen abhängt; [...] dass eine demokratische Regierung ihre gerechte Macht vom Volk bezieht, während die Konzerne niemanden um Erlaubnis fragen, bevor sie den Menschen und der Erde ihren Reichtum abpressen; und dass echte Demokratie nicht möglich ist, solange das politische Geschehen von wirtschaftlicher Macht bestimmt wird. Wir wenden uns an euch in einer Zeit, in der unsere Regierungen von Konzernen gesteuert werden, für die Profite vor Menschen kommen, Eigeninteresse vor Gerechtigkeit und Unterdrückung vor gleichen Rechten.“

OWS hat zwar in erster Linie die Banken und finanzwirtschaftlichen Institutionen im Visier, die man gemeinhin mit der „Wall Street“ verbindet. Doch die Bewegung zielt darüber hinaus auf die Macht der privaten Wirtschaft insgesamt. In ihr sieht sie die Ursache der Lebensnöte von 99 Prozent der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten und der Welt allgemein. In einem Land, in dem der Kapitalismus nie ernsthaft und mehr als nur sporadisch infrage gestellt wurde, entfernt man sich mit einer solchen Auffassung sehr weit vom politischen Mainstream.

Die OWS-Aktivistinnen in New York sind allerdings keine Marxisten im engeren Sinn. Sie empören sich eher über die „Gier der Konzerne“ als über den Kapitalismus insgesamt. Zugleich sind sie unverkennbar von sozialistischen und anarchistischen Ideen und Idealen beeinflusst. In dieser Hinsicht ähnelt OWS dem „Global Justice Movement“, das 1999 in Seattle seinen Anfang nahm – aber auch der gegenwärtigen „Los indignados“-Bewegung in Spanien und vielen anderen linken Protestgruppen von Athen bis Paris.

Die Taktik der anhaltenden Besetzung des öffentlichen Raums geht eindeutig auf die Proteste auf dem Kairoer Tahrirplatz zurück. OWS ist nicht einfach nur ein weiterer Protest gegen Arbeitslosigkeit, Sparprogramme, Zwangsvollstreckungen, gewerkschaftsfeindliche Politik, Umweltzerstörung, ruinöse Studiengebühren oder Korruption in der Politik. OWS ist all das zusammen und bringt diese breit gestreuten Phänomene in Zusammenhang mit der Übermacht der Großunternehmen, der eigentlichen Ursache der aktuellen Krise, welche in den Augen der Aktivistinnen nicht

nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische ist.

Bislang ist die Bewegung ohne Zweifel erfolgreich. Einen großen Dienst hat sie der Öffentlichkeit allein schon dadurch erwiesen, dass sie den Zorn der Menschen auf Banken, Konzerne und gekaufte Politiker zum Ausdruck bringt und deutlich macht, dass sie nicht allein sind. OWS hat außerdem im gesamten Land Debatten über Themen ausgelöst, die in den letzten Jahren kaum noch Eingang in den breiteren politischen Diskurs fanden: die Macht der Konzerne und die Straflosigkeit ihrer Vergehen, die gewaltige soziale Ungleichheit im Land und die Korruption der beiden Großparteien.

OWS hat einer großen Zahl von Gruppen – Gewerkschaften, kommunale Gruppen, Studenten, die Friedensbewegung, Umweltaktivisten – einen gemeinsamen Mittelpunkt gegeben und dadurch zu immer neuen Märschen, Demonstrationen und politischen Initiativen in New York und darüber hinaus angeregt. Etliche andere Gruppen konnten vom wachsenden öffentlichen und medialen Interesse für OWS profitieren. Inzwischen kann man von einem losen „OWS-Bündnis“ sprechen, das all diese unterschiedlichen Gruppen umfasst. Für manche Menschen wirken vor allem die basisdemokratischen und partizipatorischen Strukturen in den OWS-Besetzungscamps anziehend, weil sie eine aufregende Alternative zur kommerziellen Massenkultur bieten.

Die entscheidende Frage, die bisher unbeantwortet blieb, ist, ob und wie es der OWS-Bewegung gelingen kann, die von ihr mit hervorgebrachte Wut und Energie in echte politische Macht umzuwandeln, in wirklichen Einfluss gegenüber der von ihr beklagten Übermacht der Konzerne.

Wirkliche Macht kann der Bewegung eigentlich nur von den Organisationen zuwachsen, die sich um sie scharen: Minderheiteninitiativen, politisch organisierte Studenten und besonders Gewerkschaften haben zumindest ein wenig Einfluss in den wichtigen Institutionen. Doch diese Organisationen sind nach Jahren der Auszehrung durch die Krise noch weiter in Bedrängnis geraten. Ohnehin teilen amerikanische Gewerkschafter, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die grundsätzliche Kritik an Großkonzernen nicht und distanzieren sich auch von der Militanz der OWS-Aktivistinnen.

Eine weitere Gefahr für OWS sind liberale Politiker innerhalb der Demokratischen Partei, die die Energie der Bewegung nur zu gern für die Wahlkämpfe des Jahres 2012 nutzen würden. Und natürlich ist es sehr unwahrscheinlich, wie Robert Reich, der ehemalige Arbeitsminister unter Bill Clinton, kürzlich betonte, dass sich die Demokraten von OWS zu einer irgendwie unternehmenskritischen Politik drängen lassen. Sie sind viel zu sehr vom Geld der Konzerne, von den Medien und den Beziehungen zur Wirtschaftswelt abhängig, um sich mehr als ein paar Zentimeter in diese Richtung zu bewegen. Einige Politiker der Demokraten werden aber mit Sicherheit versuchen, in der Öffentlichkeit als populistische Gegner der Großkonzerne aufzutreten, um etwas von der Energie und dem Enthusiasmus der OWS-Bewegung abzuschöpfen. Sogar Präsident Obama hat das im Wahlkampf 2008 mitunter getan, trotz seiner guten Verbindung zur Wall Street.

Wird sich die OWS-Bewegung dafür hergeben? Ihr harter Kern sicher nicht, denn dessen Verachtung für liberale Demokraten wie Obama und den New Yorker Senator Charles Schumer, einen weiteren Liebling der Wall Street, sitzt zu tief. Einige Organisationen und Gewerkschaften aus dem OWS-Umfeld werden sich aber in die kommenden Wahlkämpfe der Demokraten einspannen lassen. Dasselbe gilt für viele Studenten und andere Mitwirkende, die die Kritik der OWS an der Wirtschaft – und der Demokratischen Partei – vielleicht nicht im selben Maße teilen. So könnten schon bald viele Enthusiasten von heute der Bewegung den Rücken kehren, je näher das Wahljahr rückt. **Jeff Goodwin**

Aus dem Englischen von Herwig Engelmann

Jeff Goodwin ist Professor für Soziologie an der New York University. Autor u.a. von „No Other Way Out: States and Revolutionary Moments, 1945–1991“, Cambridge (University Press) 2001.



Lindergård/Holmström, Watching Humans Watching XII, 2009, 40 x 51 cm

Thatcher: „There is no alternative!“ Und in der Tat: Wie soll man sich von der Allmacht der Finanzmärkte und Ratingagenturen befreien, wenn nicht einmal die große Krise von 2008 zu nennenswerten Veränderungen geführt hat? Die aktuelle Untergangsstimmung, die mitten im Atom- und Internetzeitalter geradezu spätrömisch anmutet, ist wie ein Vorgeschmack auf die bevorstehende Katastrophe.

Wenn die Gefahr so groß ist, muss man sich doch fragen, warum sie so viel weniger präsent ist als die ökologische Bedrohung? Ich will dazu nur einen Punkt ansprechen. Die anthropologische Frage stellen bedeutet, die strukturelle Misshandlung des Humanen durch den Kapitalismus anzuprangern; und dieser hat kein Interesse daran, solche Anklagen zu verbreiten. Das ökologische Denken ist einer anderen Kultur verbunden, konzentriert sich eher auf schädlichen Formen des Konsums statt auf die unmenschliche Produktionsweise, auf das Vordringen von Technoscience statt

Gegenwart zu hoch, und wenn ich dennoch nicht an ihr verzweifle, so ist es nur ihre eigene verzweifelte Lage, die mich mit Hoffnung erfüllt.“⁶

¹ Lucien Sève, „L'Homme?“ 2. Band von: „Penser avec Marx aujourd'hui“, Paris (Éditions La Dispute) 2009.

² Darin liegt der heimliche Zynismus des bekannten Werbeslogans „Weil ich es mir wert bin“ – eine Frau hat genau den Wert eines Markenprodukts.

³ André Tosel, „Civilisations, cultures, conflits“, Paris (Kimé) 2011, S. 139 und das gesamte Kapitel 4.

⁴ Siehe dazu auch Jean Sève, „Un futur présent, l'après-capitalisme“, Paris (La Dispute) 2006.

⁵ Französischer Sozialist (1859–1914). Er wurde am Vorabend des Ersten Weltkriegs ermordet.

⁶ Briefe aus den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“, in: Marx/Engels Werke, MEW, Bd. 1, S. 342.

Aus dem Französischen von Thomas Laugstien

Lucien Sève ist Philosoph und war bis Anfang 2010 Mitglied der französischen Kommunistischen Partei. Von 1970 bis 1982 leitete er deren Verlag Éditions Sociales.

Inka Lindergård und Niklas Holmström, *Watching Humans Watching XIII*, 2010, 40 x 51 cm

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren viele Sozialisten innerhalb der Arbeiterbewegung der Auffassung, die Gewerkschaften sollten als Instrument für einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel dienen. Eine andere Fraktion, die in den USA von Samuel Gompers, dem Vorsitzenden der American Federation of Labor (AFL), angeführt wurde, vertrat dagegen die Auffassung, die Arbeiterbewegung solle sich auf überschaubarere Ziele beschränken. 1903 erklärte Gompers den sozialistischen AFL-Mitgliedern, die sich für eigenständige politische Aktionen und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einsetzten: „Eure Ansichten sind wirtschaftlich unseriös, gesellschaftlich falsch und industriepolitisch ein Ding der Unmöglichkeit.“ 1914 nahm Gompers ein weiteres Mal an einer politischen Debatte über die übergeordneten Ziele der Arbeiterbewegung teil. Sein Kontrahent war Morris Hillquit, ein eingewandertes Jurist und eine der führenden Persönlichkeiten der Sozialistischen Partei in New York. Gompers und Hillquit waren zur Anhörung vor den Ausschuss über Arbeitsbeziehungen geladen, der vom Kongress eingerichtet worden war, um die Ursachen für die Arbeitskämpfe in den USA zu untersuchen.

Mr. Hillquit: Mr. Gompers, sind Sie oder Ihr Verband der Auffassung, dass die Arbeiter in den Vereinigten Staaten heute das gesamte Produkt ihrer Arbeit erhalten?

Mr. Gompers: Ich glaube, ich weiß, worauf Sie hinauswollen, aber ganz sicher bin ich mir nicht.

Mr. Hillquit: Verstehen Sie meine Frage?

Mr. Gompers: Ich denke wohl, aber im üblichen Sinne dieses Ausdrucks: nein. Mr. Hillquit: Dann vielleicht in irgendeinem besonderen Sinne?

Mr. Gompers: Nein. Mr. Hillquit: Können Sie ungefähr abschätzen, welchen Anteil am Arbeitsprodukt in Form von Lohnzahlungen die Arbeiter in diesem Land erhalten?

Mr. Gompers: Ich würde sagen, es ist niemandem möglich, mit Bestimmtheit festzustellen, welchen Anteil am Arbeitsprodukt die Arbeiter erhalten, aber Tatsache ist, dass sie dank der organisierten Arbeiterbewegung einen größeren Anteil am Produkt ihrer Arbeit erhalten und auch weiterhin erhalten werden als je zuvor in der Geschichte der modernen Gesellschaft.

Mr. Hillquit: Demnach besteht eine der Aufgaben der organisierten Arbeiterschaft darin, den Anteil zu erhöhen, den die Arbeiter an ihrem Arbeitsprodukt erhalten, ist das so weit korrekt?

Mr. Gompers: Jawohl. Die organisierte Arbeiterschaft erhebt gegenüber der Gesellschaft beständig wachsende Forderungen zur Entlohnung der Dienstleistungen, welche die Arbeiter gegenüber der Gesellschaft erbringen und ohne die kein zivilisiertes Leben möglich wäre.

Mr. Hillquit: Und diese Forderungen nach einem wachsenden Anteil am Arbeitsprodukt steigen allmählich immer weiter an?

Mr. Gompers: Was das Allmähliche angeht, bin ich mir nicht so sicher, aber sie steigen immer weiter an.

Mr. Hillquit: Immer?

Mr. Gompers: Jawohl. Mr. Hillquit: Sie gehen also davon aus, Mr. Gompers, dass die organisierte Arbeiterschaft im Großen und Ganzen erfolgreich für eine Erhöhung des Anteils der Arbeiter am allgemeinen Arbeitsprodukt gekämpft hat, richtig?

Mr. Gompers: Jawohl. Mr. Hillquit: Und sie fordert noch mehr?

Mr. Gompers: Jawohl. Mr. Hillquit: Wenn sie innerhalb des nächsten Jahres, sagen wir, 5 Prozent mehr bekäme, würde die organisierte Arbeiterbewegung sich damit begnügen und aufhören?

Mr. Gompers: Nach allem, was ich über die menschliche Natur weiß, nein.

Mr. Hillquit: Wird die organisierte Arbeiterbewegung oder überhaupt die Ar-

beiterbewegung dieses Landes von ihrer Forderung nach einem stetig wachsenden Anteil ablassen, bevor sie das ganze Produkt ihrer Arbeit erhält und in ihren Augen vollständige soziale Gerechtigkeit erlangt worden ist? Mr. Gompers: Die arbeitenden Menschen – und ich sage lieber arbeitende Menschen – und sie wollen nicht warten, bis sie die Mühsal alles Irdischen abgeschüttelt und das bessere Leben erlangt haben, sondern sie wollen es hier und jetzt, und sie wollen die Lebensbedingungen ihrer Kinder verbessern, damit die sich den anderen, den neuen Problemen ihrer Zeit stellen können.

„Ja, und wenn diese Bedingungen erreicht sind? Na, dann wollen wir bessere!“

Sie arbeiten entsprechend den höchsten und hehrsten Idealen von sozialer Gerechtigkeit.

Mr. Hillquit: Die höchsten und hehrsten Ideale sozialer Gerechtigkeit – angewandt auf die Verteilung des Wohlstands, bedeutet dies nicht ein Ködern, unter dem die Arbeiter, Hand- oder Geistesarbeiter, Vorarbeiter oder Geschäftsführer und alle anderen zusammen die Gesamtheit der Produkte erhalten, die wir herstellen?

Mr. Gompers: Also wirklich: Fische fängt man mit verführerischen Ködern; Mäuse und Ratten werden mit Ködern in die Falle gelockt; aber die intelligenten, verständigen Arbeiter beschäftigen sich lieber mit den Problemen, mit denen sie heute konfrontiert sind; gegen die sie sich behaupten müssen, wenn sie vorankommen wollen, statt mit einem Traumbild von etwas, das niemals wirklich existiert hat und – da bin ich mir sicher – auch niemals im menschlichen Zusammenleben existieren wird und durch das, wenn es denn eingeführt werden könnte, das schlimmste System der Leistungs- und Aktivitätsbeschränkung drohte, das die Menschheit je gesehen hätte.

Mr. Hillquit: Genau das will ich von Ihnen hören, Mr. Gompers, aber ich hätte trotzdem gern eine Antwort. Nach ihrer Erfahrung mit der Arbeiterbewegung und deren steten Marsch vorwärts zu immer umfassenderen Verbesserungen und zu immer größerer sozialer Gerechtigkeit, können Sie da eine Linie ziehen, wo die Arbeiterbewegung der-

einst innehalten und sich zufriedengeben wird, ohne den vollen Anteil an ihrem Arbeitsprodukt zu erhalten?

Mr. Gompers: Ich sage, dass die Arbeiter – als Menschen – niemals in ihrem Streben nachlassen werden, weitere Verbesserungen ihrer Lage und ein besseres Leben in allen seinen Phasen durchzusetzen. Und egal wohin sie dies führt und wie immer das Ergebnis aussehen mag, es greift meiner Zeit und meinem Alter so weit voraus, dass ich mich weigere, meine Geisteshaltung oder mein Handeln mit einem bestimmten „Ismus“ abstempeln zu lassen.

Mr. Hillquit: Bitte versuchen Sie auch Ihrerseits nicht, mir irgendeinen „Ismus“ anzuhängen; aber meine Frage ist, ob Sie – ob die American Federation of Labor und ihr autorisierter Sprecher – eine allgemeine Sozialphilosophie haben oder ob sie blindlings von einem Tag auf den nächsten vorgehen?

Mr. Gompers: Ich halte Ihre Frage ... Mr. Hillquit (unterbricht): Für unbequem!

Mr. Gompers: Nein, ich will Ihnen sagen, was Ihre Frage ist: Sie ist Ihnen eingeflüstert worden. Und sie ist beleidigend.

Mr. Hillquit: Die Frage wurde mir nicht eingeflüstert.

Mr. Gompers: Sie ist beleidigend.

Mr. Hillquit: Warum, Mr. Gompers?

Mr. Gompers: Zu unterstellen, dass die Männer und Frauen in der American Federation of Labor blind von einem Tag auf den nächsten handeln!

Mr. Hillquit: Ich habe keineswegs unterstellt ...

Mr. Gompers (unterbricht): Ihre Frage impliziert es.

Mr. Hillquit: Ich gebe Ihnen hiermit Gelegenheit, es zu widerlegen.

Mr. Gompers: Wenn mich einer fragt, ob ich meine Frau immer noch verprügeln, belaste ich mich durch jede mögliche Antwort, ob ich ja oder nein sage. Wenn ich nein sage, schließt man daraus, dass ich damit aufgehört habe. Wenn ich ja sage, dass ich sie weiterhin prügeln.

Mr. Hillquit: Aber Mr. Gompers, zwischen meiner Frage und dieser Geschichte besteht keinerlei Analogie ...

Mr. Gompers (unterbricht): Ihre Frage ist eine Beleidigung, und eine vorsätzliche noch dazu.

Mr. Hillquit: Würden Sie mir nun bitte sagen, ob Sie bereit sind, meine Frage zu beantworten oder nicht?

Mr. Gompers: Können Sie die Frage noch einmal wiederholen?

Mr. Hillquit: Meine Frage war, ob die American Federation of Labor und ihr rechtmäßiger Sprecher eine allgemeine Sozialphilosophie haben oder ob diese Organisation blind von einem Tag auf den nächsten arbeitet? Eine klare Frage.

Mr. Gompers: Ja, eine klare Frage und eine klare Beleidigung.

Vorsitzender Walsh: Sie weigern sich, eine Antwort darauf zu geben, weil Sie sie als beleidigend empfinden?

Mr. Gompers: Jawohl. Vorsitzender Walsh: Dann belassen wir es dabei.

Mr. Hillquit: Mr. Gompers, Sie behaupten, Sie versuchen die Lage der Arbeiter Tag für Tag zu verbessern. Um sagen zu können, ob die Lage sich gebessert oder verschlimmert hat, müssen Sie bestimmte Kriterien anlegen, mit deren Hilfe Sie in der Arbeiterbewegung das Gute vom Schlechten unterscheiden, oder nicht?

Mr. Gompers: Gewiss doch. Aber ...

Mr. Hillquit (unterbricht): Wenn nun ... Mr. Gompers (unterbricht): Einen Augenblick. Braucht es ein besonderes Urteilsvermögen, um zu erkennen, dass ein Lohn von 3 Dollar am Tag und ein Arbeitstag von acht Stunden unter gesunden Arbeitsverhältnissen besser ist als 2,50 Dollar pro Tag bei zwölf Stunden unter gefährlichen Bedingungen? Man braucht keine ausgefeilte Sozialphilosophie, um das zu erkennen.

Mr. Hillquit: Also ...

Mr. Gompers (unterbricht): Einen Augenblick noch. Ich habe mich hier nicht auf 4 Dollar am Tag oder 8 Dollar am Tag oder irgendeine bestimmte Anzahl Dollar am Tag oder acht Stunden am Tag oder sieben Stunden am Tag oder irgendeine bestimmte Anzahl Stunden am Tag festgelegt, sondern Ziel sind die bestmöglichen Bedingungen, die für die Arbeiter zu erreichen sind.

Mr. Hillquit: Ja, und wenn diese Bedingungen erreicht sind ...

Mr. Gompers (unterbricht): Na, dann wollen wir bessere!

Mr. Hillquit: Dann lautet meine Frage: Wird dieser Kampf seitens der organisierten Arbeiterschaft jemals aufhören, bevor sie den vollen Lohn für ihre Arbeit bekommt?

Mr. Gompers: Er wird gar nicht aufhören.

Mr. Hillquit: Bis dereinst ...

Mr. Gompers: Nicht bis dereinst.

Mr. Hillquit: Mit anderen Worten ...

Mr. Gompers (unterbricht): Mit anderen Worten: Wir gehen weiter als Sie (Gelächter und Applaus aus dem Publikum). Sie haben ein Ende, wir haben keins.

Aus dem Englischen von Robin Cackett

Quelle: U.S. Congress, Senate, Final Report and Testimony Submitted to Congress by the Commission on Industrial Relations, 64th Cong., 1st Session, S. Doc. 415, 2 (Washington: Government Printing Office, 1916), 1526–1529.

Die US-amerikanischen Bürger, die gegen die Wall Street demonstrieren, protestieren gleichzeitig gegen die Machtzentren innerhalb der demokratischen Partei und des Weißen Hauses. Was sie dabei nicht wissen: Die französischen Sozialisten sehen Barack Obama nach wie vor positiv. Und zwar, weil sie meinen, im Gegensatz zu Sarkozy habe sich Obama gegen die Banken durchgesetzt.

Ist diese Einschätzung nur ein Irrtum oder mehr? Wer die Säulen des Wirtschaftsliberalismus (Globalisierung der Kapital- und Warenströme und Dominanz des Finanzsektors) nicht angreifen will oder kann, neigt dazu, die Katastrophe zu personalisieren und die Krise auf Denk- oder Regierungsfehler des politischen Gegners zurückzuführen. Dann ist in Frankreich eben „der Sarkozy“ an allem schuld, in Italien „der Berlusconi“, in Deutschland „die Merkel“. Na gut, aber wie steht es anderswo?

Anderswo, und nicht nur in den USA, stehen Politiker, die von der gemäßigten Linken lange als Vorbilder präsentiert wurden, ebenfalls empörten Demonstranten gegenüber. In Griechenland versucht Giorgos Papandreou, Präsident der Sozialistischen Internationale, eine drakonische Sparpolitik umzusetzen, die aus Privatisierung, Stellenabbau im öffentlichen Dienst und dem Abtreten der wirtschaftlichen und sozialen Souveränität seines Landes an die ultraliberale „Troika“ aus EU-Kommission, EZB und IWF besteht. Auch die Regierungen in Spanien, Portugal und Slowenien demonstrieren, dass der Begriff „links“ inzwischen so entwertet ist, dass man keinen spezifischen politischen Inhalt mehr mit ihm verbindet.

Die aussichtslose Lage, in die sich die europäische Sozialdemokratie manövriert hat, geißelt überaus treffend Benoît Hamon, der derzeitige Sprecher der französischen Sozialistischen Partei PSF. In seinem jüngsten Buch schreibt Hamon, innerhalb der Europäischen Union stehe die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)¹ historisch für einen Kompromiss, „der sie mit den christlich-demokratischen Parteien, mit der Liberalisierung des Binnenmarkts sowie dessen Folgen für die sozialen Grundrechte und den öffentlichen Dienst verknüpft“. Es seien sozialdemokratische Regierungen gewesen, „die all die von EU und IWF verordneten Sparpläne ausgehandelt haben“. In Spanien, Portugal und Griechenland richte sich der Zorn gegen den IWF und die Brüsseler Kommission, aber auch gegen die eigenen sozialdemokratischen Regierungen. Das zeige, dass sich „ein Teil der europäischen Linken den Rechten in Europa so weit angenähert hat, dass die Behauptung, es sei unumgänglich, den Sozialstaat zu opfern, um den Haushalt zu sanieren und die Märkte zu besänftigen, auf gar keinen Widerspruch mehr stößt“. Hamons Fazit: „In mehreren Weltregionen waren wir ein Hindernis auf dem Weg des Fortschritts. Damit finde ich mich nicht ab.“²

Man kann diesen Wandel aber auch für unumkehrbar halten, weil er von der der Verbürgerlichung der europäischen Sozialisten und ihrer Entfremdung von der Arbeitswelt herrühre. So glaubt etwa die brasilianische Arbeiterpartei (PT), selbst eine eher gemäßigte Kraft, dass jetzt die lateinamerikanische Linke am Zug sei. Die Linken des alten Kontinents hätten abgewirtschaftet, seien zu sehr auf den Kapitalismus und die Partnerschaft mit den USA festgelegt und seien immer weniger berechtigt, sich als Vertreter der Volksinteressen aufzuspielen.

In einem Vorbereitungspapier für den Kongress der PT vom September 2011 heißt es: „Heute ist in der ideologischen Ausrichtung der internationalen Linken eine geografische Verschiebung festzustellen. Vor diesem Hintergrund gewinne Südamerika eine spezielle Rolle. Denn die europäische Linke, „die seit dem 19. Jahrhundert für die weltweite Linke so maßgeblich war, hat es nicht geschafft, angemessene Antworten auf

Hoffnungslos links

Das Dilemma der französischen Sozialisten vor der Wahl

von Serge Halimi

die Krise zu finden; sie scheint vielmehr die Herrschaft des Neoliberalismus kampfflos hinzunehmen.³

Es könnte durchaus sein, dass mit dem Niedergang Europas auch der ideologisch Einfluss des Kontinents verlöscht, der den Syndikalismus, den Sozialismus und den Kommunismus hervorgebracht hat. Und mit diesem Verlöschen finden sich die Europäer offenbar leichter ab als andere.

Ist die Partei also schon verloren? Und was heißt das für linke Wähler und Aktivisten, die mehr auf Inhalte als auf das Etikett sehen? Können sie hoffen, zusammen mit den Genossen, die bei Wahlen zwar noch Mehrheiten einfahren, sich ansonsten aber dem Liberalismus verschrieben haben, die Rechte besiegen zu können? Zu Wahlkampfzeiten setzt sich die reformwillige Linke gegenüber den Konservativen noch immer ab, zumindest optisch – ein geradezu rituelles Ballett. Doch wenn sie dann an die Macht kommt, hat sie nichts anderes im Sinn, als genauso zu regieren wie ihre Gegner: die bestehende Wirtschaftsordnung nicht zu stören und das Tafelsilber der Privilegierten zu schützen.

Die soziale Transformation, von der auch die meisten Regierungaspiranten der Linken behaupten, dass sie notwendig und vordringlich sei, kann nur gelingen, wenn sie für diese mehr ist als bloße Wahlkampfretorik. Aber damit sie gelingt, muss die Linke auch an die Macht kommen! Genau in diesem Punkt liest der gemäßigte Linke den „Radikalen“ und anderen „Empörten“ die Leviten. Er denkt nicht daran, auf den „großen Tag“ zu warten (*siehe Text links*); er träumt auch nicht davon, sich in einer Gegengesellschaft einzufügen, die von den Unzulänglichkeiten der Welt abgeschottet und nur von besonderen und wunderbaren Menschen bevölkert ist. Der gemäßigte Linke will nicht, in den Worten von François Hollande, „blockieren, statt etwas zu bewirken; bremsen, statt zu handeln; Widerstand leisten, statt etwas zu leisten.“ Hollande argumentiert: „Die Rechte nicht besiegen heißt nur, sie zu bewahren, mithin sie zu wählen.“⁴ Die radikale Linke ziehe es jedoch vor, „jeden x-beliebigen Wutanfall mitzumachen“, statt „auf Realismus zu setzen“.⁵

Der wichtigste Trumpf der Linken ist, dass sie „hier und jetzt“ über ausreichend Wählerstimmen und tatendurstige Leute verfügt, um die Regierung abzulösen. „Die Rechte besiegen“ ist allerdings noch kein Programm und keine Perspektive. Denn nach einem Wahlsieg drohen die bestehenden Strukturen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene – den erklärten Willen zum Wandel wieder zu lähmen.

In den USA kann Obama behaupten, der im Wahlkampf von einer großen Mehrheit des Volkes getragene Voluntarismus und Optimismus („Yes, we can“) sei durch den Einfluss der Lobbyisten und der Obstruktion der Republikaner im Kongress untergraben worden. Anderswo rechtfertigten regierende Linke ihre zaghafte Politik unter Verweis auf „Sachzwänge“ und die böse „Hinterlassenschaft“ ihrer Vorgänger. Zum Beispiel mit dem Argument, die öffentliche Schuldenlast und die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit des Produktionssektors würden ihren Aktionsspielraum einschränken.

„Unser öffentliches Leben ist durch eine seltsame Dichotomie geprägt“, befand der französische Expremier Lionel



Inka Lindergård und Niklas Holmström, *Saga VI*, 2011, 40 x 50 cm

Jospin schon 1992: Einerseits lege man der sozialistischen Regierung „die Arbeitslosigkeit, den Zustand der Vorstädte, die soziale Frustration, den Rechtsextremismus und die Hoffnungslosigkeit der Linken zur Last“. Andererseits verlange man von ihr, „an einer Wirtschafts- und Finanzpolitik festzuhalten, die es überaus schwierig macht, die angeprangerten Missstände anzugehen“.⁶ Diese Erkenntnis ist heute noch gültig.

Die Sozialisten können immer wieder auf die fürchterlichen Folgen einer linken Wahlniederlage verweisen: eine Batterie liberaler „Reformen“ – wie Privatisierungen, Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte, Kürzungen der Staatsausgaben –, die das Instrumentarium für eine politische Alternative zerstören würden. Damit begründen sie die Notwendigkeit einer „nützlichen Stimme“ für die eigene Partei. Eine Niederlage kann allerdings auch pädagogische Wirkung haben. Benoît Hamon verweist etwa auf Deutschland, wo „das Ergebnis der Bundestagswahl von 2009, die der SPD ihr schlechtestes Ergebnis seit hundert Jahren einbrachte, die Parteiführung von der Notwendigkeit eines Richtungswechsels überzeugt hat“.⁷

Selbst vorsichtige Reformen erfordern radikale Änderungen

Eine solche, freilich sehr begrenzte „programmatische Neuorientierung“ hat es auch in Frankreich 1993 nach dem Wahldebakel der Sozialisten und in Großbritannien 2010 nach dem Sieg der Konservativen gegeben. Eine begrenzte Metamorphose wird man demnach sicher auch in Spanien und in Griechenland erleben, denn die sozialdemokratischen Regierungen beider Länder können ihre bevorstehende Wahlniederlage kaum mit einer übertrieben revolutionären Politik erklären.

Um Papandreu beizuspringen, wagte die griechische Sozialistin Elena Panaritis kürzlich einen erstaunlichen Vergleich: „Margaret Thatcher hat in einem Land, das weniger schwerwie-

gende strukturelle Probleme hatte, für ihre Reformen elf Jahre gebraucht. Unser Programm ist erst seit vierzehn Monaten in Kraft!“⁸ Kurzum: Papandreu ist besser als Thatcher.

Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, müssen wir eine Liste von Bedingungen aufstellen, ohne deren Erfüllung die globalisierte Finanzwirtschaft nicht zu bändigen ist. Damit stehen wir sofort vor einem Problem: Angesichts der Vielzahl und der Komplexität der Instrumente, die seit gut dreißig Jahren die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten der kapitalistischen Spekulation ausliefern, erfordern selbst relativ vorsichtige Reformen (wie mehr Steuererechtigkeit, maßvolle Erhöhung der Reallöhne, keine Beschneidung des Bildungsausgaben) eine Reihe substanzieller Eingriffe: etwa einen Bruch mit der jetzigen europäischen Ordnung und den Abschied von der alten politischen Strategie der Sozialisten.⁹

Einen solchen Bruch zu vollziehen, ist fast unmöglich oder gar von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zum Beispiel müsste die Partei die „Unabhängigkeit“ der Europäischen Zentralbank infrage stellen (die geldpolitische Autonomie der EZB wird durch die EU-Verträge garantiert); die starren Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssten gelockert werden (die in Krisenzeiten jede gezielte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verhindern); im Europäischen Parlament müsste das Bündnis zwischen Liberalen und Sozialdemokraten aufgekündigt werden (das die Kandidatur des ehemaligen Goldman-Sachs-Bankers Mario Draghi zum neuen EZB-Präsidenten unterstützt hat). Ganz zu schweigen von Tabuthemen wie der Freihandelsdoktrin der EU-Kommission und dem Problem der öffentlichen Verschuldung, wo man nicht zulassen darf, dass die Zocker belohnt werden, die zugeben die schwächsten Länder der Eurozone spekuliert haben.

Tatsächlich deutet nichts darauf hin, dass François Hollande in Frankreich, Sigmar Gabriel in Deutschland oder Edward Miliband in Großbritan-

nien erfolgreicher sein könnten als Barack Obama, José Luis Zapatero und Giorgos Papandreu. Und wenn Massimo d'Alema in Italien seine Hoffnung auf ein Bündnis setzt, „das die politische Union Europas zu seinem zentralen Anliegen macht“ und „eine Renaissance des Progressivismus“ einleitet, ist er bestenfalls ein Traumtänzer.¹⁰ Angesichts der herrschenden politischen und sozialen Kräfteverhältnisse würde eine europäische Föderation bedeuten, dass noch mehr Macht an intransparente technokratische Instanzen übertragen wird. Die liberalen Daumenschrauben würden also noch fester angezogen, die souveränen Rechte der einzelnen Völker noch stärker eingeschränkt. Wobei die Handels- und Währungspolitik ohnehin längst „föderalisiert“ ist.

Solange die gemäßigten Linksparteien noch die Mehrheit der fortschrittlichen Wähler vertreten – weil sie programmatisch überzeugen oder das Gefühl verbreiten, sie seien die einzige Perspektive für einen baldigen Wechsel –, sind radikalere politische Gruppen (und auch die Ökologen) zu Statisten oder bloßen Wichtigtuern degradiert. Selbst die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) hatte zwischen 1981 und 1984 als Koalitionspartner auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik unter Präsident Mitterand nur wenig Einfluss, trotz ihrer zigtausend Mitglieder, trotz 15 Prozent Wählerstimmen, 44 Parlamentssitzen und vier Ministerposten. Auch der Schiffbruch der „wiedergegründeten“ Kommunisten in Italien (Partito della Rifondazione Comunista) macht nicht besonders viel Mut, denn die PRC blieb eine Gefangene ihrer Allianz mit der Mitte-links-Regierung. Als sie diese 1996 tolerierte, wollte sie damit Berlusconi Rückkehr an die Macht um jeden Preis verhindern. Der kam fünf Jahre später dennoch zurück.

Niemand redet über die Gefahren der Stagnation

Der französische Front de gauche (zu der die KPF gehört) will die Auguren widerlegen. Er hofft, dass politischer Druck auf die Sozialisten diese von ihren „atavistischen Zügen“ abbringen könne. Das aber ist von vornherein illusorisch, ja hoffnungslos – vor allem, wenn man noch andere Faktoren als das Kräfteverhältnis nach der Wahl und die institutionellen Zwänge berücksichtigt. Zum Vergleich: Als in Frankreich im Mai 1936 die linke Koalition siegte, stand in ihrem moderaten Wahlprogramm keine der späteren sozialen Errungenschaften der Volksfront, wie bezahlter Urlaub und die 40-Stunden-Woche. Die wurden den Arbeitgebern erst durch die Streikbewegung im Juni abgerungen.

Das Geschehen der 1930er Jahre erklärt sich jedoch nicht so sehr aus dem unüberwindlichen Druck einer sozialen Bewegung gegenüber den schüchternen oder eingeschüchternen Linksparteien. Umgekehrt hat gerade der Wahlsieg des Front populaire die soziale Revolte erst in Gang gebracht. Erst danach hatten die Arbeiter das Gefühl, nicht mehr vergeblich gegen die Mauer der Repression von Polizei und Arbeitgebern anzurufen. Sie wussten freilich auch, dass die Parteien, die sie gewählt hatten, ihnen nichts schenken würden, wenn sie keinen Druck auf sie ausübten. Daraus entstand jene – sehr seltene – erfolgreiche Dialektik zwischen Wahlen

und sozialer Mobilisierung. Heute würde sich eine Linksregierung, die nicht einem vergleichbaren Druck ausgesetzt wäre, unter Ausschluss der Öffentlichkeit hinter einem technokratischen Apparat verschanzen, der seit langem nur noch nach der neoliberalen Doktrin tickt. Sie würde nur noch angstvoll auf die Ratingagenturen starren, die bekanntlich ein Land, das auf eine wirklich linke Politik setzt, unverzüglich abstrafen würden.

Lautet die Alternative also: Kühner Aufbruch oder Stagnation? Die Risiken der Kühnheit – Isolierung, Inflation, Herabstufen der Kreditwürdigkeit – werden uns von morgens bis abends eingebläut. Aber wer redet über die Gefahren der Stagnation? Der Historiker Karl Polanyi konstatierte in Bezug auf die Lage Europas in den 1930er Jahren, dass sich einige Länder aus der Sackgasse, in die sie der liberale Kapitalismus getrieben habe, nur durch eine Reform der Marktwirtschaft herausarbeiten konnten – aber um den Preis der „Zerstörung aller demokratischen Institutionen“.¹¹

Und heute? Auf welche demokratische Legitimation können sich die EU-Entscheidungen zur Rettung der Märkte noch berufen? Schon macht ein gemäßigter Sozialist wie Michel Rocard sich Sorgen, dass verschärfte Sparprogramme für Griechenland zur Suspendierung der Demokratie führen könnten: „Angesichts der Wut der Bevölkerung kann man bezweifeln, dass sich keine griechische Regierung ohne Unterstützung der Armee halten kann. Diese düstere Reflexion gilt vermutlich auch für Portugal und/oder Irland und/oder für andere größere Länder. Wie weit wird man gehen?“¹²

Die Republik der Mitte ist ins Wanken geraten, obwohl sie durch ein umfassendes Gerüst von Institutionen und Medienmacht abgesichert ist. Wir erleben den Beginn eines Wettrennens zwischen einer Verschärfung des liberalen Autoritarismus und ersten Ansätzen zu einem Bruch mit dem Kapitalismus. Ein solcher Bruch scheint noch weit entfernt. Aber wenn das Volk an ein politisches Spiel mit gezinkten Würfeln nicht mehr glaubt, wenn es Regierungen sieht, die ihrer Souveränität beraubt sind, wenn die Leute lautstark die Bändigung der Banken fordern und auf die Straße gehen, ohne zu wissen, wo sie mit ihrem Zorn hin sollen, dann zeigt uns dies trotz allem, dass die Linke noch am Leben ist.

¹ Auf Französisch und Englisch nennt sich die Partei „sozialistisch“ (PSE respektive PES).

² Benoît Hamon, „Tourner la page“, Paris (Flammation) 2011, S. 14–19.

³ AFP, 4. September 2011.

⁴ François Hollande, „Devoirs de vérité“, Paris (Stock) 2006, S. 91 und 206.

⁵ Siehe Anmerkung 4, S. 51 und 43.

⁶ Lionel Jospin, „Reconstruire la gauche“, *Le Monde*, 11. April 1992.

⁷ Benoît Hamon, siehe Anmerkung 2, S. 180.

⁸ Zitiert bei Alain Salles, „L'Odyssee de Papandreu“, *Le Monde*, 16. September 2011.

⁹ Serge Halimi, „Quand la gauche renonçait au nom de l'Europe“, *Le Monde diplomatique*, Juni 2005.

¹⁰ Massimo d'Alema, „Le succès de la gauche au Danemark annonce un nouveau européen“, *Le Monde*, 21. September 2011.

¹¹ Karl Polanyi, „The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen“, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1978.

¹² Michel Rocard, „Un système bancaire à repenser“, *Le Monde*, 4. Oktober 2011.

Aus dem Französischen von Barbara Schaden

Impressum

Redaktion Barbara Bauer | Leitung
Katharina Döbler | verantwortlich f. d. Ausgabe
Dorothee d'Aprile, Jakob Horst, Niels Kadritzke
Produktion Christiane Voß,
Bernad Cornely, Maria Jessel, Jörg Kohn,
Stefan Mahlke, Franziska Özer, Christian Uhle
Redaktion Comic: Karoline Bofinger
Redaktion Kunst: Wilhelm Werthern
Verlag Deutschland
taz Entwicklungsgesellschaft GmbH & Co. Medien KG,
Rudi-Dutschke-Str. 23, D-10969 Berlin,
☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Anzeigen Lena Meier
☎ +49 30 25 90 2-318
meier@monde-diplomatique.de
Separates Abonnement Le Monde diplomatique
liegt jeweils am zweiten Freitag im Monat
der tageszeitung bei und kann auch separat
abonniert werden.
Jahrespreis 46,80 Euro | zzgl. Versandk. ins Ausland
ermäßigt 33,00 Euro | zzgl. Versandk. ins Ausland
lemonde@monde-diplomatique.de
☎ +49 30 25 90 2-211
ISSN: 1434-2561

LMd Audio die komplette Ausgabe der Le Monde
diplomatie zum Hören, erscheint in Kooperation mit
der Schweizerischen Bibliothek für Blinde, Seh- und
Lesebehinderte (SBS). Download im eKiosk
www.monde-diplomatique.de/pm/.ekiosk/ekiosk
Verlag Schweiz
WOZ-Internationale Medienerzeugnisse
AG, Zürich, Sonja Wenger | verantwortlich
Briefadresse Postfach,
CH-8031 Zürich,
☎ +41(0)44 448 14 14,
diplo@woz.ch, www.monde-diplomatique.ch

Inserate WOZ-IMAG, Cécile Knüsel
☎ +41(0)44 448 14 03/23
diploinserat@woz.ch
Separates Abonnement
Le Monde diplomatique liegt jeweils am
zweiten Donnerstag im Monat der WoZ bei
und kann auch separat abonniert werden.
Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandk. ins Ausland
Die nächste Ausgabe erscheint als Beilage der taz
am 9. 12. 2011 und der WoZ am 8. 12. 2011
In Deutschland separat am Kiosk ab 10. 12. 2011
Caro Druck, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt/Main

Le Monde diplomatique, Paris
Direktor Serge Halimi
Chefredakteurin Martine Bulard
Stellvertreter Pierre Rimbert
Redaktion Laurent Bonelli, Mona Chollet, Alain
Gresh, Ranaud Lambert, Evelyne Piellier, Philippe
Rivière, Philippe Rekacewicz, Anne-Cécile Robert
Dokumentation Olivier Pironet
1, avenue Stephen-Pichon, F-75013 Paris,
☎ +33 1 53 94 96 01,
 Die Deutsche Ausgabe von Le Monde diplomatique geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft